

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Worteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kotonen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Beruspreeker: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag den 31. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Beruspreeker: Amt I. Nr. 5121.

Bruno Schoenlant.

Ein erschütterndes Geschick rafft einen der Begabtesten und Tüchtigsten aus unsern Reihen:
Aus Leipzig kommt die Kunde, daß Bruno Schoenlant am Mittwoch in der Frühe aus dem
Leben geschieden.

Im Frühjahr schon hatte ein schweres Nervenleiden den bis zum Uebermaß thätigen
Mann aus der Arbeit gerissen und es wurde drückende Gewißheit, daß ärztliche Kunst ihn nicht
wieder werde gesund machen können. Nun hat ihn der Tod vom Leiden befreit.

Die deutsche Socialdemokratie verliert in Bruno Schoenlant einen treuen Mann, der ihr
sein Leben gegeben, der in ihrem harten Dienst seine Kräfte geriebet, der in ihr aber auch das
Glück und das Besen seines Lebens gefunden. Im frühen Mannesalter geht er von uns, auf dem
so große Zukunftshoffnungen noch ruhten, dessen allzu kurzer Lebensgang aber überreich war
an verdienstvollem Wirken, an bedeutamer Leistung im Dienste der großen Kulturbewegung
unseres Zeitalters.

1859 wurde Schoenlant zu Mählhausen i. Th. geboren; er besuchte das Gymnasium in
Sondershausen und bezog die Universität. Er studierte in Berlin, Leipzig, Kiel, Halle; die
Studienzeit wurde auf kurze Spasme unterbrochen, da er eine Stellung beim Grafen von Roer,
Prinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg annahm und an Roers „Kaiser Albat“ mitarbeitete.
In Halle erwarb er 1882 den Doktorhut.

Aber Studium und Lebenserfahrung hatten den jungen Feuergeist frühzeitig der „Carriere“
entfremdet und ein Jüngling von 24 Jahren brach Bruno Schoenlant die Brücke seiner bürgerlichen
Vergangenheit hinter sich ab und warf sich entschlossen in die Thätigkeit für unsere Partei. Dem
leidenschaftlich flammenden Temperament, dem hohen Opferstimm dieses Jünglings war es gerade die
rechte Aufgabe, zu der Partei zu stoßen, die damals in den schwersten Kämpfen unter dem
Socialistengesetz und gegen das Socialistengesetz rang. Und der junge Redacteur des Arbeiter-
blattes in München lernte die Tücken des Ausnahmegesetzes alsbald kennen; die Zeitung, in der
er seine ersten socialistischen Versuche unternahm, erlag wiederholt dem Verbot und in schwerer
Schule, in kargen Tagen der Entbehrung erstarkte der Jüngling zum gefesteten Kämpfer
der Partei.

1885-1890 war Schoenlant Redacteur der „Frankischen Tagespost“ und der „Arbeiter-
Chronik“ in Nürnberg und während dieser Zeit mußte er 1/4 Jahre Gefängnis wegen politischer
Vergehen ertragen. Kurz vor dieser Nürnberger Zeit ist es wohl gewesen, daß er kürzeren
Aufenthalt in der Schweiz nahm und sich — wovon er oft und gern plauderte — mit be-
sonderer Freude am Schmuggel des „Socialdemokrat“ über die badische Grenze beteiligte.

Mittlerweile war der fleißige Schriftsteller aber neben seiner Redacteurthätigkeit auch bereits
Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ geworden; 1885 finden wir seinen ersten Beitrag für die führende
Zeitschrift der Partei: Zur Kritik des Manchesterthums; in den folgenden Jahren hat er ebendort
über mannigfache Fragen höchst anziehende, oft geniale Aufsätze geschrieben, so über „Preußen
und die Kirche“, über die Lage der Konfessionsarbeiterinnen, über „Psychologie des Kleinbürger-
thums“. In allen diesen Artikeln sowie in den zahlreichen vor trefflichen Streitschriften, die er
sonst im Laufe der 80er Jahre veröffentlichte, erwies er sich als einer der fähigsten Jünger der
Marx-Engelschen Lehren und schon offenbarte sich seine glänzende journalistische und stilistische
Begabung, die bald darauf in unserer Parteipresse wahrhaft bahnbrechend wirken sollte.

Und zugleich fand der Emsige Kraft und Zeit zu größeren wissenschaftlichen Arbeiten. 1886
hatte er mit Hilfe einiger Arbeiter der Fürther Quecksilber-Spiegelbelege eine statistische Er-
hebung über die Lage der Arbeiter in dieser Industrie angestellt. Die Frucht dieser Erhebung

und eines gründlichen Studiums der Geschichte dieser Industrie und der Lage ihrer Arbeiter ist die
ausgezeichnete Monographie über „Die Fürther Quecksilber-Spiegelbelege und ihre Arbeiter“ vom
Jahre 1888 — eine glänzende Studie, eine wichtige Anlage wider die Ausbeutung im Reiche
der Socialreform, ein flammendes Plädoyer für den Arbeiterkampf. Mit dieser Schrift hat sich
Schoenlant eine angesehene Stellung in der ökonomischen Wissenschaft errungen, die auch die
gegnerische Gelehrtenwelt anerkennen und ehren mußte.

Als das Socialistengesetz fiel, ging Schoenlant nach Berlin und in den Jahren 1892 und
1893 war er Redacteur des „Vorwärts“. Viele der besten Artikel, die damals in den Reihen
der Berliner Genossen Feuer schlugen, waren sein Werk, und diejenigen Genossen in unserer
Redaktion, die in jener Zeit mit ihm gearbeitet, erzählen bis heut und werden noch oft er-
zählen von seinen bewunderungswürdigen Fähigkeiten im journalistischen Streite.

Von Berlin wurde Schoenlant 1894 nach Leipzig berufen, und dort hat er als Leiter der
„Leipziger Volkszeitung“ seine hohen Fähigkeiten aufs reichste entfalten dürfen. Dort hat er ein
Blatt geschaffen voll sprühender Lebendigkeit, voll schneidigster Angriffskraft. Seine schöpferische
Sprache, die Originalität seines Stiles hat den wissenschaftlichen Ernst, den unsere Partei propagiert,
den Massen verlebendigt. Das sprühende Feuer seiner Feder entfachte die Begeisterung der Massen
und seine Zeitung wurde ein modernes Agitationsblatt höchster Art. Aus Schoenlants glänzender
Journalistik haben die Jüngeren der Parteipresse gelernt und wir verehren in ihm einen sprach-
prägenden Meister der Schrift.

Schoenlant war aber gleichertweise ein begabter Redner vor der lauschenden Masse und
ein verdienstreicher Parlamentarier. Neben seiner aufreibenden Thätigkeit als Redacteur war er
ein unermüdlicher Agitator, dessen Wort in allen Ecken des Reiches bekannt und häufig gehört
war. Auf seinen Parteitagten war er ein schwer zu missender Originalgeist, der oftmals in die
Entscheidung wichtigster Fragen eingriff. In den Reichstag wurde er 1893 in Breslau gewählt
und auch hier hat der unendlich Gewandte ein rühriges Wirken entfaltet. Er war ein Redner
der schneidigen Attacke und er war Sachkenner auf vielfachen Gebieten; in Etatsfragen aller Art,
in den Marineebatten, in der Wärsen- und Währungs-Besetzung ist er hervorragend auf-
getreten. Noch im letzten Winter geistelte er die Schamlosigkeit des 12000 Mark-Skandals in
beifender Satire.

Und zu alledem fand Schoenlant auch noch die Möglichkeit, seine wissenschaftliche Thätig-
keit fortzusetzen. 1894 veröffentlichte er seine ausgezeichneten altmärkischen Studien, eine
Schilderung mittelalterlicher Klassenkämpfe. Und so manche andre Broschüre und Schrift zeugt
von seiner Kraftlosigkeit für die Wissenschaft und für die Partei, die nicht erlahmte, bis die
Krankheit ihn ergriß, die unentrinnbare, die den fenerhellsten Geist undunkelte.

So hat denn nun tragisches Schicksal einem überreichen Wirken ein Ende gesetzt.
So haben wir denn diesen ritterlich Tapferen, diesen geistvollen Publizisten, diesen
pflichtgetreuen Menschen, diesen streitbaren Genossen und edlen Freund verloren!

Nur war sein Lebensweg, allzu kurz. Doch er war reich und überreich an großem
Wirken und dauernder That. Sein Wirken und seine That werden ihn überleben, da er
von uns geschieden!

Bruno Schoenlant, Du hast für die Leidenden und Empor-
strebenden dieser Zeit Dein Leben eingesetzt — die Leidenden und
Emporstrebenden werden Dein Angedenken in treuem Herzen be-
wahren!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Oktober.

Das Elend der „National-Zeitung“.

Der traurige Rest einer Zeitung von großer Vergangen-
heit, die „National-Zeitung“, wie sie noch immer heißt, die
publizistische Kommo souenan der Großbanken, beschäftigt sich
in einem Leitartikel mit dem Elend der Arbeits-
losigkeit. Sie bemüht sich, ihre Objektivität durch jene
Kälte zu beweisen, die auch den absehblichsten Wirkungen der
kapitalistischen Weltordnung gewachsen ist. Man meint David
Hansemann zu vernehmen, dessen Biographie eben in diesen
Tagen den Staatsmännern der „National-Zeitung“ zur Lektüre
vorgelesen hat; wie dieser rheinische Industriemann 1890
Friedrich Wilhelm IV. vor übertriebener Philanthropie
warnte — sie „sei geradezu verderblich, weil dadurch die Armen
in eine verhältnismäßig bessere Lage geraten als die hand-
arbeitenden Massen.“ — so rät die „National-Zeitung“ den
Stadtverwaltungen sehr kühl ab, sich mit Notstandsarbeiten
zu beissen; man könnte dadurch die Arbeiter anziehen, in der
Stadt zu bleiben, in die viele von ihnen erst in jüngster
Zeit geströmt seien; die Städte hätten keine Veran-
lassung, der Gelegenheit entgegen zu arbeiten, daß die
Leutenot auf dem Lande beseitigt, die Arbeiter aufs
Land zurückgeführt, dem Ausgleich zwischen städtischem
und ländlichem Arbeitsangebot, für den die Arbeitslosigkeit in
der Industrie die beste Gelegenheit biete, ein Riegel vor-
geschoben werde.

Wenn die „Nat.-Ztg.“ über das Elend philosophiert, so
wird, um das Wortspiel von Marx auf sie anzuwenden,
nichts an den Tag kommen, als das Elend ihrer eignen
Philosophie. Nur nicht zu viel Armenpflege, ruft Hanse-
mann, sie hindert die Arbeiter, um ein Stück
trockenes Brot in unsere Fabriken zu gehen! Nur
keine Notstandsarbeiten, ruft die „National-Zeitung“, sie
könnten ein paar Tausend zugewanderte Arbeiter hindern,

aufs Land zurückzuführen, wo der Junker sie mit den be-
kannten, glänzenden Bedingungen erwartet. Die „Nat.-Ztg.“
giebt ihrem Ratichlag zwar eine Ermahnung an die Land-
wirte auf den Weg, die Arbeiter nun wieder an sich zu
fesseln durch „erhöhte Fürsorge und geeignete Behand-
lung“, Wohnungen, Löhne, Arbeitsbedingungen einer
Revision zu unterziehen. Zudeffen weiß selbst der Dekonom
der „Nat.-Ztg.“, daß dies alles nur hohles Gerede ist und
noch weniger Erfolg haben wird als irgend eine Tirade von
Dutgotes.

Es ist selbstverständlich, daß jedem Arbeitslosen, der aus
der Landwirtschaft gekommen und in der Lage ist, zu ihr
zurückzuführen, dies letztere sehr dringend empfohlen werden
muß. Aber die „National-Zeitung“ beweist nur ihre voll-
kommene Unkenntnis der Thatsachen, der Umstände, wenn sie
die Armee der Arbeitslosen aus solchen eben vom Lande her-
gezogenen und außerdem noch aus „Arbeitskräften niederer
Art“ sich rekrutieren läßt. Der Schriftsteller des „liberalen“
Blattes hat einmal etwas von der industriellen Reserve-
Armee gehört; nach seiner Meinung besteht diese unglückliche
Truppe aus solchen „Arbeitskräften milderer Art, die in
normalen Zeiten ohnehin keine industrielle Beschäftigung
gefunden hätten, nur von der Welle der Hochkonjunktur für
kurze Zeit mit emporgehoben werden und jetzt wieder auf
dem früheren Standpunkte angelangt sind.“ Man kann bei
Braten und Sekt nicht kälter über diese Erscheinung urteilen,
nicht kühler sich mit der Thatsache abfinden, daß die
kapitalistische Erwerbsordnung — den Vermittlern einer
Wirtschaft auf sie anzuwenden, wäre allzu schmeichelfast —
daß diese herrliche Ordnung auf jene Hungerarmee in
der Reserve, die sie bald ihrer erhitzten Jagd
nach momentanem Profit angiebert, bald wieder hilflos und
verkommen am Wege abladet, geradezu angewiesen ist, daß
die Weltordnung der „Nat. Ztg.“ von diesen Elenden und
diesem Elend ihr Dasein freisetzt. Allerdings nur um auch an dieser
selben Erscheinung zu Grunde zu gehen; es wäre, eine
Blasphemie gegen die Vernunft, zu meinen, daß der erbärmliche
Wechsel von Schwindel und Krach, der ohne jene Reserve-

armee nicht möglich wäre, das Ziel der Dekonomie sein sollte,
wie es eine Brutalität ist, sich mit den Leiden der arbeits-
losen Reserve in der Weise der „Nat.-Ztg.“ abzugeben und
zu erklären, dies sei für die Leute der normale
Zustand! Jenen Gemütsmenschen liegt in der That, wie
Platen sagt, „an eines Menschen Brand, an eines Menschen
Wunde nichts“.

Daß thatächlich unter der industriellen Reserve ein sehr
großer Teil ganz anderer Arbeiter ist, als die beiden Gruppen,
aus denen die „National-Zeitung“ sie zusammensetzt, ist fest-
zustellen durch den einfachen Hinweis auf die größte
Arbeitslosengruppe in Berlin, die Tausende von Metall-
arbeitern, die teils ganz auf die Straße geworfen sind, teils
nur mit starken Felerichtigten arbeiten. Eben diese von der
Krise besonders dezimierten Arbeiter sind „qualifizierte“; sie
haben zum größten Teil eine Lehrzeit durchgemacht. Der Rat
der „Nat.-Ztg.“ läuft darauf hinaus, diese alle eine Zeit-
lang dem Hunger auszuweichen, um dadurch
die Abwanderung von Landarbeitern zu
erzwingen. Hat der Hunger sein Beiz gethan, dann will
die „Nat.-Ztg.“ das Schlachtfeld absuchen und mit einigen
Notstandsbroden „über die schwierige Lage hinwegbringen,
was an eigentlichen, ursprünglich industriellen Arbeitern
übrig bleibt“. Im Zusammenhang damit liest es sich wunderbar,
wenn der Aufsatz des „liberalen“ Blattes mit den Worten
schließt:

„Insbesondere die kommunale Socialpolitik wird damit wieder
vor eine ernste Prüfung ihrer Leistungsfähigkeit gestellt; es wäre
ein freilich teuer erkaufter, aber schätzenswerter Gewinn, wenn sie
sich durch die notgedrungene Beschäftigung mit so wichtigen und
schwierigen Aufgaben weiter emporbildete und dadurch zu der
oft noch vermischten Höhe und Umsicht gelangte.“

Dieser famose Schluß ist würdig, einem Komödienschreiber
zum Vorwurf zu dienen. Wir wollen der Tirade heuchlerischer
Salbaderei mit einer leichten Wendung einen ernsthaften
Zusatz geben, indem wir den allerdings ganz hoffnungslosen
Wunsch aussprechen, die „National-Zeitung“ selbst möge durch
die notgedrungene Beschäftigung mit so wichtigen und

schwierigen Aufgaben weiter sich „emporbilden“ und zu der oft noch vermischten Höhe und Umsicht gelangen.

Zu einer Stadt wie Danzig, in der, wenn man den amtlichen Nachrichten trauen darf, einstuweilen nur 7000 Arbeitslose zu finden sind, in der keine Großindustrie ihre eignen Arbeiter erzieht, der Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher und Industrie-Arbeiterschaft noch ein engerer und der Wechsel aus einem Lager ins andre ein leichter ist, mag es dem Oberpräsidenten von Gohler und den Behörden gelingen, die Arbeitslosigkeit durch Vermittlung einer Arbeit auf dem Lande zu beseitigen. In Berlin und eigentlichen Industriestädten ist daran um so weniger zu denken, als jetzt zum Winter auch auf dem Lande keine große Nachfrage nach Arbeitern ist.

Dah dieselben Leute, die so borniert sind, wenn es sich darum handelt, Arbeiterfragen unmittelbar zu behandeln, ganz vernünftig werden, wenn sie dem Staat unter Berufung auf die Arbeiterinteressen diejenigen ihrer eignen Klasse zur Protektion empfehlen, ist nicht auffällig. Die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen werden eine sehr große Mehrheit vereinigen für alle an den Staat zu richtenden Forderungen, die sich auf öffentliche Unternehmungen und Aufträge an die Industrie beziehen. In dieser Hinsicht muß es ökonomisch aussehend wirken, daß jetzt das Kapital der Privatindustrie entflieht und öffentliche Anleihen aufsucht. Staat und Gemeinden werden dadurch hingewiesen auf die ökonomisch-politische Lehre, daß sie ihre Arbeiten in die Zeiten der Krise legen müssen. Jetzt ist Zeit, den Mittelland-Kanal zu bauen; jetzt ist Zeit, Eisenbahnen durchs Land zu führen; jetzt wäre eine neue elektrische Schnellbahn nach Hamburg im Angriff zu nehmen, wozu ja die Vorversuche auf der Jossener Militärbahn eben gemacht werden. Jetzt ist die Zeit der großen Kulturarbeiten für den Staat und die Gemeinden, in denen jetzt doppelte Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Bau von Arbeiterwohnungen durchzuführen. Die jacobinische Philisterei, in die unsere liberalen Blätter in allen kommunalen Fragen immer zurückfallen, ist in der Krise verwundbarer als sonst. Wir werden diesen Umstand benutzen müssen, um neue Brechen in die brutalen Interessenverschönerungen der Kommunalpolitik zu legen. Unter den Streichen der proletarischen Kritik, unter der Wucht des Massenwillens allein wird sich diese Kommunalpolitik emporbilden.

Deutsches Reich.

Die agrarischen Nummerierte der „Deutsche Tages-Zeitung“ richten gegen die ständige Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums ärgerliche Angriffe, weil diese Körperschaft, in der doch eben so wie im Auslande des Deutschen Landwirtschaftsrats die Hauptrolle der Agrarier vertreten sind, so nachlässig geurteilt, zu erklären, daß sie sich, allerdings nur unter ganz bestimmten Umständen, auch mit einem Minimallohn von 6 M. für Roggen und Weizen zufrieden geben werde.

Dieser Beschluß wurde nach einer am 29. und 30. Oktober stattgehabten Beratung einstimmig gefaßt, obwohl sich die ständige Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums am 9. und 10. August für einen Minimallohn von 7,50 Mark für die vier Hauptgetreidearten ausgesprochen hatte. Da indes der ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrats sich acht Tage später bereit finden lassen, unter Umständen eine Posttarif-Ermäßigung auf 6 M. zuzugestehen, hat nun das Landes-Oekonomie-Kollegium ebenfalls erklärt, ein wenig mit sich reden zu lassen. Freilich zeigt es sich noch immer sehr spröde. Die Ermäßigung ist für es nur diskutabel, für den Fall, daß durch Ausdehnung des Doppeltarifs auf alle landwirtschaftlichen Bölle und speziell durch ausreichende Vieh-, Pferde- und Fleischbölle (für lebendes Vieh Gewichtszölle) ein gewisser Ausgleich geschaffen wird.

Sollte aus Seiten der Reichsregierung oder des Reichstages die Absicht zu Tage treten, mit dem Roggen- und Weizenlohn noch unter den Satz von 6 M. herunterzugehen, dann erachtet die ständige Kommission eine Kompensation auf anderen Gebieten nicht mehr für möglich und würde dann die gänzliche Ablehnung des neuen Posttarif-Gesetzes als im Interesse der Landwirtschaft liegend erklären.

Trotz dieser Sprödigkeit ist das Wandlerorgan mit seinen Freunden im Landes-Oekonomie-Kollegium äußerst unzufrieden. Es nennt den Beschluß „bedauerlich“ und beteuert, daß es „kein klares Bild mehr von den Forderungen der Landwirte gebe“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es ihrerseits mit dem Innenministerien für bedauerlich, daß das Zustandekommen eines Geschäfts ohne lächerliches Vorschlagen und erbitterte Forderungen für ausgeschlossen hält. Als ob nicht auch das Landes-Oekonomie-Kollegium sich auf das Abhandelnlassen eingerichtet hätte!

Die Verhöhnung der Weltmarktschiffahrt Waldersees

Durch die Briefe des französischen Generals Boyron wird von der Kapitänseite schmerzhaft empfunden, auch wenn man sich zum Teil, wie das z. B. die „Kriegs-Zeitung“ tut, den Anschein giebt, als fühle man die heidnische Ironie des Generals gar nicht. Das ist allerdings noch die klügste Art, sich mit dem galischen Spötter abzufinden, dem ärgerliches Schwärzen nur die erbetene Bestätigung liefern würde, wie gut seine elegant geschliffenen Pfeile gefehlen haben.

Der „Möln. Westf. Ztg.“ geben die Briefe zu folgender Betrachtung Anlaß:

Auch hier zeigt sich wieder, wie falsch es war, daß der Kaiser damals auf bisher immer noch unaufgeklärt geliebene Weise die Duranddrückung des Waldersees als „monomanos“ preßierte. Nicht nur, daß nachher in China militärisch überhaupt nichts mehr zu thun war und die mit so viel Lärm und Trara ins Werk geleitete deutsche Feldherrnhaft ins Lächerliche gezogen wurde, der deutsche Oberbefehlshaber mußte sich außerdem noch von fremden Generalen wie z. B. Boyron ziemlich beleidigende Opposition und Präzisionen gefallen lassen.“

Mit einer indischen Fälschung verucht die „Freisinnige Zeitung“ gegen den „Vorwärts“ zu operieren. Zutreffend an eine Stelle ihres gestrigen Leitartikels, in dem ausgeführt wurde, daß die Ortsvertretungs-Gesetze von 1888 und 1894 das englische Gemeinwohlrecht „demokratisiert“ hätten, indem sie ein gleiches und geheimes Wahlrecht einführen, das nur insofern kein Allgemeines sei, als das Wahlrecht an die Rechte einer eignen Wohnung, also eines „großen Census“ geknüpft sei, der die schlechtesten Schicht der Arbeiter vom Wahlrecht ausschließt, behauptet die „Freisinnige“, daß der „Vorwärts“ resp. der Verfasser des Artikels diese Grundsätze des englischen Kommunal-Wahlrechts „gepriesen“ habe. Gleichwohl pflegt der „Vorwärts“ diese mit den Ansichten immerhalb der Freisinnigen Volkspartei sich vielfach bedenkenden Grundsätze sonst zu verhöhn und zu verspotten.

Also wenn man von einem Geisetz behauptet, daß es ein vordem reaktionäres Wahlrecht „demokratisiert“ habe, „preist“ man dasselbe, erklärt man es für sein Ideal. Ein Wahlrecht demokratisiert heißt, demselben einen Charakter geben, durch den die Volksherrschaft in höherer Maße zur Geltung kommt. Das trifft auf die englischen Gesetze zu, folglich war der vom Verfasser des Artikels gewählte Ausdruck völlig am Platze. Daß ich aber durch

eine derartige Charakterisierung ein Wahlrecht verherrliche und meine Zustimmung zu demselben bekunde, diese Entbedung war der „Freisinnigen“ vorbehalten. — Im übrigen aber ist das englische Wahlrecht faktisch so „demokratisch“, daß wir die Behauptung der „Freisinnigen“, es entspräche den Ansichten des Freisinn, unmöglich ernst nehmen können.

Zum Nächstgenannten sieht sich heute die „Köln. Volks-Ztg.“ durch die Angriffe der päpstlichen „Voce della Verita“. Sie giebt zu, daß Herr Spahn besser wäre, so lange von der Leitung der „Weltanschauung“ in Charakterbildern zurückzutreten, bis er durch „Thaten“ seine künftige Rückkehr in die Arme Roms bewiesen habe. Auch giebt das Blatt zu, daß der Bischof von Rottenburg hauptsächlich von seiner Mitarbeitererschaft zurückzutreten sei. Im übrigen beklagt es sich, daß allerhand ganz unbeteiligte Kreise in die Affaire Spahn hineingezogen würden, namentlich die „Görresgesellschaft“, die damit nicht das mindeste zu thun habe.

Der Staatsanwalt in Gelsenkirchen. Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: Gestern Abend weckte der Erste Staatsanwalt aus Offen in dieser Stadt, um in Sachen des Wasserwerks Erhebungen anzustellen. Die „Gelsenkirchener Zeitung“ kündigt ein Einspruchs-Verfahren gegen diejenigen Personen an, die durch direkte Zuleitung von Ruhrwasser die Verunreinigung der Wasserleitung verursacht haben.

Zur Erziehung in Haderleben-Sonderburg. Der Vorstand des hiesigen Wahlvereins in Haderleben am Dienstag den Redacteur Jessen vom „Haderleben Avis“ als Kandidaten für den ersten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis auf.

Des Reiches Fürsorge für Kriegsinvalide. Aus Straßburg i. E. wird mitgeteilt: Der folgende kriegsreiche Befehl ist kürzlich einem Kriegsinvaliden von 1870/71 zugegangen, der sich mit einem Gehalt von Bewilligung einer Invalidenrente an die Behörde gemeldet hatte:

Ministerium für Elsaß-Lothringen.
Abteilung für Finanzen, Gewerbe und Domänen.
Straßburg, den . . . 1901.

Auf Ihr Gesuch vom . . . d. J. sind Sie zu einer Beihilfe auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1895 anerkannt und vorgemerkt worden.

Die Beihilfe kann Ihnen jedoch zur Zeit nicht gezahlt werden, weil der bezügliche Fonds erschöpft ist, weitere Beihilfen daher nur insoweit zur Zahlung gelangen können, als solche durch Abgänge von Einzahlungen verfügbar werden. Außerdem sind noch . . . Bewerber, welche ihre Gesuche früher als Sie eingereicht haben, vor Ihnen anerkannt und vorgemerkt worden. Derselben haben daher auf frei werdende Beihilfen auch vor Ihnen Anspruch.

Die Beihilfe wird, sobald dies hiernach angängig ist, ohne weiteren Antrag zur Zahlung an Sie angewiesen werden.

Der Unterstaatssekretär.
J. A.
gez. Keetman.

Wie die thörichtesten Leute doch glauben können, daß das stolze Deutsche Reich im Zeitalter der Humenzüge und der uralten Racienpläne noch etwas für alte, arbeitsfähige Kriegsinvalide übrig habe!

Vom Genossen Schippel erhalten wir die folgende Zuschrift:

Es liegt mir völlig fern, auf eine Recension mit einer Erwiderung reagieren zu wollen. Wer öffentlich über irgend welche Frage seine besondere Meinung kundgibt, fordert selbstverständlich Gegenäußerungen heraus — je mehr, desto besser — deren Bewertung er jedoch den andern überlassen muß.

Der Genosse H. O. hebt aber weiter hervor, daß meine Schrift über die Handelspolitik anfangs in andern Aufsehen gestanden war. Das soll öfter vorkommen und jeder Autor wird meinen, mit der Abweichung zugleich eine Verbesserung vorgenommen zu haben. Die Gründe dafür haben auch in meinem Falle mit „Schicksalsschlägen“ wirklich ungenügend wenig zu thun.

Während der Niederschrift des Buches erschien nämlich die fleißige Arbeit von Professor Loy über die Handelsvertragspolitik. Bei aller abweichenden Auffassung halte ich die Darstellung der tatsächlichen Entwicklung bei Loy für so eingehend und objektiv, daß mir eine Wiederholung aus meiner Feder nun so überflüssiger erscheint, als ich vor Monaten die Frage auf das eingehendste und in zahlreichen Specialartikeln für das „Social-demokratische Reichsblatt“ „Handbuch“ bearbeitet hatte. Dazu sind dann schließlich noch die „technischen Details“ weggeblieben, weil ich immer mehr zu der Ansicht kam, daß bei so vielen Vorarbeiten über sie kaum etwas Originelles zu sagen bleibt und daß sie zudem den Leser über Gebühr ermüden würden.

Der Verlag, bei dem ich vollstes Einverständnis voraussetzen konnte, war von dieser Umgestaltung zunächst nicht unterrichtet, so daß ihn keinerlei Schuld trifft, wenn er in einer vorläufigen Anzeige sich anfangs weiter an die alten Grundlinien hielt.

Die beiden, aus den „Socialistischen Monatsheften“ übernommenen Schlussabschnitte sind, wie ich kaum zu erwähnen brauche, von vornherein im Hinblick auf eine spätere Buchveröffentlichung abgefaßt.

Berlin, 30. Oktober 1901.

Max Schippel

Ausland.

Der Boykott Englands.

Eine Versammlung von Vertretern von 25 Organisationen in Rotterdam hat am Sonnabend einstimmig die Bildung eines Komitees beschlossen, das die Möglichkeit des Boykotts der englischen Schiffe untersuchen soll. Von mehreren Seiten wurde auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des Plans entgegenstellen, und insbesondere auch auf die mangelhafte Organisation der Hafenarbeiter Rotterdams hingewiesen. Einer der Anwesenden enthielt sich der Abstimmung.

Das Gelingen des Boykotts hängt wesentlich von der Haltung der Rotterdamer Hafenarbeiter ab. Etwa ein Drittel sämtlicher Schiffe, die im Rotterdamer Hafen einlaufen, segeln unter englischer Flagge. Während Amsterdam der Hafen für den niederländischen Handel ist, kommt für Rotterdam hauptsächlich der Transitohandel in Betracht, so daß auch relativ im Rotterdamer Hafen mehr englische Schiffe ein- und ausgehen als in Amsterdam. Man kann annehmen, daß etwa 1/3 des sind etwa 4000, der Hafenarbeiter Rotterdams durch den Boykott arbeitslos werden.

Genosse Bliegen weist in einer Zuschrift an „Het Volk“ mehrere Bedenken zurück, die gegen den Plan geltend gemacht werden, und führt u. a. aus: „Viele Hamburger meinen, daß die Monate Januar-März eine total ungeeignete Zeit sind, weil der Schiffsverkehr dann sehr flau ist. Das Komitee hält aber diese Zeit gerade wegen der Flaueheit des Verkehrs für geeignet, weil dann die nicht-englischen Schiffe im Stande sind, die englischen zu ersetzen, wodurch jeder bedeutenden Stagnation im Handel vorgebeugt werden kann. So wird ein sehr günstiger Faktor für einen ungünstigen angesehen. Es giebt in dieser Sache manche Kleinigkeiten, die zu belangreichen Faktoren werden. So wurde u. a. die Bemerkung gemacht, daß es sehr wichtig ist, daß New York mitmacht, weil das einer der bedeutendsten Häfen für die englischen Handelsflotte ist. Man meinte nun, daß die Hafenarbeiter von New York insofern ihrer englischen Stammverwandtschaft englisch gesinnt sein würden. Das ist aber durchaus irrig, denn die dortigen Hafenarbeiter sind beinahe alle Iren. Was das zu sagen hat, wird jeder wissen, der die Gefühle kennt, die die Iren gegenüber den Engländern hegen.“

Der „Bund der Schiffsarbeiter“ in Rotterdam, der sich so entschieden gegen den Boykott ausgesprochen hat, ist hauptsächlich als eine Streikbrecher-Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat: „namentlich solchen Ausländern entgegenzutreten, die von einzelnen Rädelshäuptern angezettelt werden und nichts andres als den Zweck verfolgen, die bestehende Ordnung umzustürzen.“ Man hat dort eine längere Resolution gefaßt, die von Sympathie für die Boeren trieb, aber den Boykottplan für unausführbar und verwerflich erklärte.

Die Handelskammer von Dordrecht hat eine Motion gefaßt, worin sie erklärt, daß sie den Boykottplan als im Widerspruch zu den Interessen von Handel und Industrie stehend ansieht. — Auch die Amsterdamer Handelskammer hat sich bereits mit der Sache befaßt, konnte sich natürlich auch bei aller Sympathie für die Boeren nicht für den Plan begeistern.

Bei dem ausführenden Komitee, das die Propaganda für den Boykott in Händen hat, sind bis zum 27. Oktober 4271,69 Gulden eingegangen. Das Komitee erklärt, vorläufig hinreichend mit Geldmitteln versehen zu sein, um die Propaganda betreiben zu können.

Das ausführende Komitee für den internationalen Boykott der englischen Schifffahrt hat an Tom Mann, den Präsidenten der internationalen Föderation der Transportarbeiter in London, sowie an den Sekretär dieser Föderation, L. Chambers in London, und ebenso an den Vorstände von 6 Organisationen der englischen Hafen- und Dockarbeiter und Seelente ein längeres Schreiben gerichtet, worin die Gründe für den geplanten Boykott dargelegt und die Leiter der Organisationen ersucht werden, ihren Einfluß zu Gunsten des Boykotts geltend zu machen.

Budget und Krise.

—st— Wien, 29. Oktober.

Die Budgetdebatte hat im österreichischen Abgeordnetenhaus begonnen, aber nach alter Gewohnheit sprechen die Abgeordneten bei der ersten Lesung von allem andern eher als vom Budget. Und doch würde die Finanzlage Oesterreichs die größte Sorgefalt der Herren Volksvertreter erheischen. Es ist seit dem Jahre 1896 die erste Verhandlung des Staatsvoranschlags, die das österreichische Abgeordnetenhaus jetzt absolviert, und in diesen fünf Jahren hat sich die finanzielle Situation des Staates gründlich verändert. Während damals in den Zahlen des Budgets Ueberschüsse von 30 bis 50 Millionen Gulden enthalten waren, sind die Hilfsquellen nun erschöpft, und das letzte Budget des Herrn v. Böhm-Bawerk verbißt nur mühsam ein Defizit. Wohl steht den ziffermäßigen Ausgaben von 1 685 717 000 Kronen eine Bedeckung von 1 685 966 000 Kronen gegenüber, das Budget schließt also mit einem Ueberschuß von 248 413 Kr. ab. Aber das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben ist nur zu Stande gebracht worden, weil der Finanzminister in die Bedeckung auch eine zufällige, nicht mehr wiederkehrende Einnahme eingestellt hat. Bei der Herausgabe der neuen, durch die Umwandlung der Guldenwährung in die Kronenwährung bedingten Scheidemünzen ist nämlich ein „Münzgewinn“ erzielt worden: man hat nämlich die Münzstücke unterwertig ansgedrückt. Der Münzgewinn beträgt bei den in Umlauf gesetzten 161 Millionen Kronen Scheidemünzen — mit so viel ist die österreichische „Goldwährung“ belastet — 19,6 Millionen Kronen, wovon der Finanzminister 16,5 Millionen als reguläre Einnahme gebucht hat. Ohne diesen Zufall, der sich einleitenderweise nicht mehr wiederholen kann, wäre das Budget pro 1902 ein unzweifelbares Defizit-Budget geworden! Das ist um so bedenklicher, als auch die regelmäßigen Einnahmen weit höher präsumiert worden sind, die Veranschlagung knapp an das zu erwartende Ergebnis heranreicht. Um nicht weniger als um 20 1/2 Millionen werden die Steuern höher veranschlagt als im Budget des vorangehenden Jahres! Wie der Finanzminister selbst auseinandergesetzt hat, beträgt die „natürliche, auf der parallelen Entwicklung der Volkswirtschaft basierende Einnahme-Entwicklung im Durchschnitt 28 Millionen Kronen. Die Veranschlagung absorbiert also das ganze Wachstum der Einnahmen; sie zieht alle Reserven der staatlichen Einnahmen heran. Ein kleines Ueberschuß, wie es innerhalb der Wirklichkeit eines großen Staates fast unabweislich ist, kann also das Gleichgewicht im Staatshaushalt völlig vernichten! Das sind natürlich trübe Aussichten!

Der Ausblick in die Zukunft wird noch düsterer, wenn man die Wirkung des wirtschaftlichen Stillstandes auf die Finanzen des Staates in Anschlag bringt. Herr v. Böhm hat sich zwar gegen das Wort Krise verwahrt, aber die Eisen- und Maschinenindustrie befindet sich zweifellos in einer Nollage, die zu den ernstesten Sorgen Anlaß giebt. Man muß anerkennen, daß die Regierung die Sachlage zu würdigen beginnt. So hat der Handelsminister dieser Tage an sämtliche Landesregierungen einen Erlaß gerichtet, der die Bevorzugung der inländischen Industrie bei sämtlichen Lieferungen herbeiführen will. Die Behörden, sagt der Erlaß, „sind auf das eindringlichste anzuweisen, daß bei Vergabe von Lieferungen und Arbeiten in erster Reihe die heimische Industrie berücksichtigt, jedenfalls aber der Bedarf der Staatsanstalten unter sonst gleichen Verhältnissen in Bezug auf Lieferzeit, Güte und Preis durch Erzeugnisse des Inlandes gedeckt werde“. Aber auch wenn die Bedingungen nicht gleich sind, soll „auf die schwierigeren Produktionsbedingungen des Inlandes“ Rücksicht genommen werden. In keinem Falle sollen aber vor der beabsichtigten Vergabe an eine ausländische Firma Verhandlungen mit den inländischen Offerten unterlassen werden. Der gleiche Vorschlag wird von den autonomen Landesverwaltungen und Gemeinden erwartet, insbesondere bei Installation von Wasserleitungen, Beheizungs-, Beleuchtungs-, wie Kraftanlagen soll, wenn nur irgend möglich, der heimischen Industrie der Vorzug gegeben werden. Der Erlaß der Regierung spricht von inländischer und ausländischer Konkurrenz, er läßt also die Frage offen, ob die ungarischen Offerten, durch das Band des gemeinsamen Zoll- und Handelsgebietes verbunden, zum inländischen oder, weil keine „heimische“ Industrie, zum ausländischen Wettbewerb zu rechnen sind. In der Praxis wird sich der Erlaß wohl gegen jede nicht-österreichische Konkurrenz heben.

Wie der Ministerpräsident in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ausfuhrte, ist die Regierung auch bereit, die ihr für das nächste Jahr zur Verfügung gestellten ordentlichen und Investitionskredite rasch flüssig zu machen und die darauf beruhenden Bestimmungen rasch ergehen zu lassen. Den Gesamtbetrag der aus dem Rest dieses Jahres und im Jahre 1902 von der Regierung zu erlassenden Bestimmungen schätzt der Ministerpräsident auf 120 Millionen Kronen; doch setzt die betretende Thätigkeit der Staatsverwaltung die rechtzeitige Teledigung des Staatsvoranschlags für das kommende Budgetjahr voraus. Bei der Nollage der Industrie fällt der Betrag der staatlichen Bestellungen so entschieden ins Gewicht, daß das Versprechen der Regierung den sehr tief gesunkenen Arbeitseifer der Herren Abgeordneten wohl beleben wird. Die Zeiten sind so ernst, daß die abgedrängten Obstruktionsherge bei der Bevölkerung wenig Verständnis finden würden.

Belgien.

Obstruktion. Aus Brüssel wird gemeldet: Nachdem kürzlich der sozialistische Abgeordnete Desreux durch eine Rede über den Niedergang des Parlamentarismus einiges Aufsehen erregt hatte, sprach heute der italienische Sozialist Enrico Ferri im Namen der Gruppe unter gewaltigen Beifall zu Gunsten des Parlamentarismus, wobei er besonders die Bedeutung der Obstruktion betonte und dieses Problem wissenschaftlich erläuterte. Darauf erklärte Vandervelde, die belgischen Sozialisten wollten jetzt sofort das italienische Beispiel der legalen Obstruktion für die Bekämpfung des gleichen Stimmrechts anwenden.

Neue Kolonialbestimmungen. Ein Antwerpener Finanzblatt veröffentlicht einen Brief aus dem Kongostaate, worin es heißt, daß die Agenten einer Antwerpener Firma sich zu Greuelthaten gegen Eingeborene haben hinrichten lassen. Der Schreiber des Briefes sah im August 1900 auf Bevela zwei Regierfrauen, welchen man die rechte Hand abgehauen hatte und zwar, wie sie erklärten, wegen ungenügendem Beibringen von Gummi.

Spanien.

Das Budget von 1902, das jetzt den Cortes zugegangen ist, legt zum erstenmale dem Staate die Verpflichtung auf, die Gehälter der Volksschullehrer zu zahlen. Bisher waren es die Kommunen, welche die Gehälter zu zahlen hatten und welche die Lehrer häufig recht lange warten ließen. Die Extrafiscaler von 10 Proz. auf den Alkohol ist aufgehoben, ebenfalls der Zoll auf Spielkarten. Aktiengesellschaften und Banken haben eine Steuer von 3 Proz. auf die Dividenden, die Aktien und Obligationen zu zahlen. Die Gesamtansgaben sind auf 933 Millionen Frank angelegt.

Italien.

„Was thun?“ Dies ist die Frage, die angesichts des neapolitanischen „Stumpfes“, wie ein Mailänder Blatt die Skandale von Neapel richtig bezeichnete, liberal erhoben wird. In einigen Wochen finden in Neapel die Kommunalwahlen statt. Die Wahllisten sind fertig, hergestellt von der Camorra; sie sind natürlich, wie Saredo in seiner Untersuchung festgestellt hat, gefälscht, wie alle früheren gefälscht gewesen sind. Die Wahlen, die auf Grund dieser Listen durchgeführt werden, bringen selbstverständlich der Camorra wiederum den Sieg. Um in Neapel normale Verhältnisse herzustellen, wäre es notwendig, eine Revision der Wahllisten vorzunehmen und die Wahlen genau zu überwachen. Zu diesem Schritt scheint sich die Regierung aber nicht entschließen zu wollen; der Ministerrat soll, wie es heißt, in seiner letzten Sitzung beschließen haben, das Resultat der Wahlen abzuwarten. Erst, wenn die Camorra wiederum triumphieren sollte, will die Regierung eingreifen und einen Gouverneur einsetzen, dem die Nachvollkommenheiten eines Ministers ohne Vorzeichen gegeben werden sollen. Der einzige Lichtpunkt, der aus diesem Schemm hervorleuchtet, ist die sozialistische Partei von Neapel. Die Sozialisten, vor allem ihr Organ „La Propaganda“, sind es, welche es zuerst gesagt, mit fester Hand in dieses Wespennest hineinzugreifen; sie werden darum auch von der Bande des Summonte Scarioaglio aufs tiefste gehaßt. Sie lassen sich aber dadurch in ihrem Kampfe nicht irre machen, sie haben bereits alle Vorkehrungen getroffen, um in den Wahlkampf eintreten zu können. In diesen Tagen haben die ersten Versammlungen stattgefunden, in welchen sozialdemokratische Kammerdeputierte als Redner auftraten.

England.

Die Arbeiten der Enschädigungskommission, die die Ansprüche der aus Südafrika ausgewichenen Ausländer zu untersuchen hatte, sind zum großen Teile beendet. Danach erhalten: Deutschland 30 000 Pfd. Sterl., Oesterreich 15 000, Italien 12 000, die Vereinigten Staaten 6000, Rußland 4100, Belgien 800, Dänemark 250, die Schweiz 250, Spanien 150, zusammen 69 550 Pfd. Sterl. Verhandlungen schweben noch mit Frankreich und Holland, die einen Schadenersatz von zusammen 727 000 Pfund Sterling beanspruchen.

Die Lage im Wahlkreis Dewsbury hat, wie unser Londoner Korrespondent uns mitteilt, insofern eine Klärung erfahren, als die Liberalen auf eine Arbeiterkandidatur verzichtet und einen der Ährigen, den gemäßigten Imperialisten Mr. Munciman als Kandidaten aufgestellt haben. Das traurige Schauspiel des Kampfes zwischen Sozialdemokraten und Arbeitern wird uns also erspart bleiben.

Die Munizipalisierung der Londoner Wasserzufuhr ist bevorstehend. Ein diesbezüglicher Entwurf wird vom Londoner Grafschaftsrat ausgearbeitet und wird der nächsten parlamentarischen Session zugehen. Auch die Wasserkompanien machen sich auf eine solche Maßregel gefaßt: die Wasseraktien steigen.

Rußland.

Millionen-Defraudationen russischer Beamten.

Fast gleichzeitig wissen russische Blätter aus allen Ecken und Enden des Reiches von Beamten-Veruntreinungen, Unterschlagungen und Diebstählen in so großem Stil zu berichten, daß man selbst in Rußland, obwohl gegen solche Dinge abgekämpft, erstarrt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt. Zunächst ist festgestellt worden, daß die Regierung seit Jahren beim centralasiatischen Eisenbahnbau ihre eignen Pächter als vorgeliebten Privatlandbesitz angekauft hat. Die leitenden Beamten und Ingenieure hatten mit den Gutsherrn und Gemeindevorständen, deren Pächter an der Bahnlinie grenzten, ein Schwindelkonstruktum gebildet. Dokumente und Schriftstücke aller Art wurden gefälscht, wobei den Gönnern noch zu gute kam, daß dieselben meist in der Sprache der einheimischen Stämme, dem turkischen, kirgisischen Idiom, abgefaßt sind. Abgesehen gleichzeitig erfolgten die sensationellen Enttarnungen über Millionen-Unterschlagungen bei den Arbeiten zur Verbesserung der Wolga-Schiffahrt. Die Ingenieure Stadelberg und Alexandrow hatten, wie in dem gegen sie dieser Tage beandigten Prozesse sich herausstellte, einen ganzen Beamtenverein zur Exploitation staatlicher Gelder, wie der Staatsanwalt sich ausdrückt, gebildet. Sie gingen so systematisch vor, daß sie das Prinzip befolgten, von jedem staatlichen Rubel dreißig Kopeln in ihre Taschen stechen zu lassen. Die Verurteilungen sind seit 1893 oder 1894, also seit sieben Jahren, angefaßt worden, sie waren im ganzen Folgegebiet, wie der „Kowoje Wremja“ gefürchtet wird, ein öffentliches Geheimnis, nur Jar Säterchens Regierung hatte keine Ahnung! Die Sache kam erst zum Klappen, als einer der Teilhaber des Schwindelkonstruktums sich benachteiligt glaubte und beim Gericht Anzeige erstattete. Wie geduldig sich das Papier in Rußland erweisen kann, das zeigte sich wieder bei diesem Prozesse. Da fanden auf dem Papier ganze Dörfer, Gehäute, Waldbestände, Maschinenanlagen, die nie existiert hatten. Alle brüchigen Barten ver wandelten sich in mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Passagierdampfer und über tausend Arbeiter mit fingierten Namen figurierten auf den Lohnlisten. Natürlich handelt es sich auch hier um viele Millionen.

Afien.

Unmöglichkeit der Mächte in der Zollfrage. Wie die „Times“ aus Shanghai melden, sind die Bedingungen, unter denen Vorbereitungen getroffen werden, um das Handelsprotokoll wirksam zu machen, völlig unklar; weder die Zollämter noch die Konsulate besitzen eine beglaubigte Abschrift des französischen oder chinesischen Textes. Ein Austausch von Kaufleuten stellt einen Werttarif auf, der als Grundlage zur Erhebung der Wertzölle dienen soll. Man hofft, daß derselbe von den Zollämtern angenommen werde und die Genehmigung der Konsule vor dem 11. November erhalten werde. Inzwischen werfen die Japaner und andre die Frage auf, ob nicht, obwohl das Protokoll sich nur auf die Einfuhr zur See bezieht, auch die Ausfuhr einem erhöhten Zoll unterworfen werden sollte. — Der Bericht, daß die Gesandten in Peking über diesen Punkt nicht übereinstimmen, gewinnt an Glauben, wie aus der Thatsache hervorgeht, daß trotz häufiger Ansuchen keine Instruktionen erteilt wurden.

Der Philippinenkrieg scheint tatsächlich mit neuer Heftigkeit zu entbrennen. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Manila vom 29. Oktober: Der Philippin-Führer General Malvar hat eine neue Proklamation erlassen, durch welche er sich zum Generallieutenant ernannt und die Absicht kundgibt, die Armee zu reorganisieren und zwei Generallieutenants und vier Divisionsgenerale zu ernennen.

Amerika.

Einem Beitrag zur Sittengeschichte der Vereinigten Staaten liefert das Verhalten eines Teils der Bevölkerung Colquhoun gegenüber. Der „Rein-Weiß. Jg.“ wird u. a. telegraphiert: „Wie schon früher berichtet, sind für den Mörder von dimmen Leberspannen oder Anarchisten Tausende von Sendungen aller Art eingetroffen, Blumen, Früchte, allerlei andre Geschenke und Briefe, in welchem ihm Trost zugesprochen oder sogar Beifall gezollt wird. Es ist indessen festgestellt, daß die meisten dieser Sachen von Frauen kommen, wie sich ja in Amerika die meisten verurteilten Mörder einer ganz ausgeprochenen Sympathie des zarteren Geschlechtes erfreuen. Indessen geht es zu diesem Wilde auch eine Rehrseite, der Gefängnisdirektor ist nämlich von vielen Seiten aufgefordert worden, durch Anwendung eines schwächeren Stromes, als er gewöhnlich benützt, die Qualen des Gefangenen zu verlängern.“ — Nicht minder bezeichnend für den Kulturzustand des Landes der Milliarden ist die Meldung eines andren Blattes, wonach ein Schaubudenbesitzer der Familie des Colquhoun für dessen Leichnam oder auch nur dessen Kleider 5000 Dollar geboten habe.

Einwilligung Englands in den neuen Nicaragua-Kanal-Vertrag. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington, die britische Regierung habe ihrem Gesandten Paucetote die Ermächtigung erteilt, den Kanal-Vertrag zu unterzeichnen.

Vom südamerikanischen Kriegsschauplatz. Aus Caracas wird berichtet: Die Zahl der columbischen Streitkräfte an der Grenze wird auf 15 000, die der venezolanischen auf 6000 veranschlagt. Viele Truppen stehen sich an der Grenze von Guaitre bei Rosario de Caracas gegenüber. Die Nachrichten aus dem Innern des Landes lauten äußerst schlimm. Die Not unter der Bevölkerung ist sehr groß, der Handel liegt völlig danieder.

Der Boeren-Krieg.

Lord Ritzener meldet aus Pretoria: Am 27. d. M. traf nördlich von Valmoral Oberst Williams auf das Kommando Mullers. Vier Boeren wurden getötet, 54 gefangen genommen und 36 Wagen erbeutet.

Aus Durban wird gemeldet: Lord Milner, welcher hier eingetroffen ist, beabsichtigt, einige Tage zu verweilen. Er wird die Konzentrationslager besuchen, sowie Untersuchungen über die Richtigkeit des Hafens von Durban für den Handel Transvaals anstellen.

Die Liste über die englischen Verluste in Südafrika vom 20. Oktober umfaßt 4 Tote, 21 Verwundete, 4 Gefangene und 8 an Krankheiten Verstorbene.

Partei-Nachrichten.

Der Zwist in Hamburg.

Auf Einladung der Kommission, die von der gemeinschaftlichen Versammlung der drei hamburgischen Parteivereine dazu den Auftrag erhalten hatte, traten am Montag die Freien Vereinigung der Maurer angehörigen Parteigenossen Hamburgs zu einer Versammlung zusammen. Es waren nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ reichlich 200 Personen anwesend.

Rollenhuber als erster Redner sprach warm für eine Einigung, indem er auf die Notwendigkeit des einmütigen Zusammenstehens aller Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum hinwies und hervorhob, welche Freude in den Reihen aller deutschen Parteigenossen über die Vereitigung des schädlichen Streites herrschen würde.

Geister erklärt es nicht für richtig, daß nur die der Partei angehörenden Mitglieder der Freien Vereinigung eingeladen worden seien, teilt aber mit, daß eine Versammlung der Mitglieder der Freien Vereinigung, die am Sonntag getagt hat, den Wunsch nach einer Einigung ausgesprochen hat.

Stüven führt bittere Klagen darüber, daß den Mitgliedern der Freien Vereinigung das Hamburger „Echo“ verschlossen worden sei.

Die Kommission muß es anders anfangen, wenn sie den Frieden herbeiführen will. Der Centralverband der Maurer hätte der Kommission sagen müssen, daß unter seinen Mitgliedern ebenfalls viele in Accord arbeiten, aber die zahlen ihre Beiträge und seien gute Kinder. Der fehlerhafte Wunsch aller Mitglieder der Freien Vereinigung ist eine Wiederherstellung der Einigkeit, aber den einen wird die Recordarbeit erlaubt, die andren bezeichnet man als Streikbrecher. Er will für eine Einigung streuen, aber zuvor will er wissen, wie der Centralverband sich dazu stellt. Ueber die zukünftigen Kämpfe will er jetzt nicht reden, das könne später geschehen, nur das eine wolle er sagen, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung nicht die plumpe Handlung begehen werden, bei Streitigkeiten mit den Unternehmern die letzteren zu unterstützen. Er will die Waise wissen, auf welcher die Einigkeit zu stande kommen kann; durch die Macht könne die Einigkeit nicht erzwungen werden.

Zu diesem Eime sprachen noch eine Anzahl der Mitglieder der Freien Vereinigung. Der mitanwesende Genosse Bömelburg, der allerdings erklärt, nur für seine Person reden zu können, sagt, daß es im Interesse aller liege, eine Einigung herbeizuführen. Gegen 5 Stimmen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Kommission der drei sozialdemokratischen Vereine die Verhandlung zwecks Vereitigung des Centralverbandes der Maurer und der Freien Vereinigung weiter führt und beauftragt eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand und drei Mitgliedern, an dieser Verhandlung teilzunehmen.“

Die Mitglieder der Freien Vereinigung beauftragten darauf sechs ihrer Vorstandsmitglieder und drei andre Mitglieder, diese Verhandlungen zu führen.

Zunächst sollen nun die Mitglieder des Maurerverbandes geladen werden, um sich zu der Einigungsfrage zu äußern.

Protest gegen den Hungertoll. Im 16. Reichstags-Wahlkreise (Chemnitz) wurden 39 604 Unterschriften abgegeben. Wahlstimmen hatten wir in diesem Kreise bei der 98er Wahl 24 700.

Die Fesselung Breidenbeds bei dem Transport von Dortmund nach Herford wurde, wie berichtet, auf dem Parteitag unserer westfälischen Genossen in Dortmund am Sonntag verhandelt und führte zur Annahme der mitgeteilten Protestresolution. Bei dieser Gelegenheit teilte, wie wir jetzt aus dem ausführlichen Verhandlungsbericht des Dortmunder Parteiblattes ersehen, Genosse Leimpele aus Herne einen gleichen Vorgang mit. Er selbst war wegen Polizei-Verurteilung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden und zu der Strafverbüßung ist auch er mit andern Gefangenen zusammengeschlossen transportiert worden. Leimpele selbst, der schon etwas mehr abgehärtet war wie Breidenbed, erklärte, er habe das mehr humoristisch genommen. Nichtsdestoweniger dient auch dieser Vorgang zum Beweise der Dringlichkeit des Bekämpfens nach gesetzlichen Strafverfügungsvorschriften, die solche ungehörige Maßregeln gegen eheliche Männer ausschließen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wahlverbote Strafe.

Das Schöffengericht in Magdeburg fällt jetzt über eine Polizeispitzelei ein Urteil, das offensichtlich eine wahlhätig niederschlagende

Wirkung auf polizeilichen Uebereifer ausübt. Die dortige Zählstelle des Metallarbeiter-Verbandes feierte das Fest ihres zehnjährigen Bestehens. Nur Mitglieder hatten Zutritt und es wurde am Eingange strenge Kontrolle geübt. Trotzdem erhielt der Genosse Voss als Arrangeur des Festes sowie der Lokalinspizor Paulau später jeder ein Strafmandat über 20 Mark Geldstrafe mit der Begründung, das Fest sei ein öffentliches gewesen, das der polizeilichen Genehmigung bedürftig hätte, da sie Nichtmitglieder zugelassen haben. Im Bewußtsein ihrer Unschuld beauftragten sie gerichtliche Entscheidung. Als Zeuge trat ein Kriminalschuttmann Hartmann auf, der die Anzeige erstattet hatte, daß auch Nichtmitglieder am Fest gewesen seien. Der Zeuge sagte aus, er sei von seiner vorgesetzten Behörde zur Kontrolle nach dem „Luisenpark“ entsandt worden. Bei seinem Eintritt um 11 Uhr abends sei er von den zur Kontrolle an der Thür stehenden Personen angehalten und gefragt worden, ob er Mitglied sei. Darauf habe er erklärt, er sei zugereist und hätte sich mit seinen hier wohnenden Verwandten verabredet, sich im „Luisenpark“ zu treffen. Anstandslos sei ihm nach Erlegung von 20 Pf. ein Programm verabfolgt. Hierauf sei er in den Saal gegangen und habe dort ungestört seine Beobachtungen gemacht.

Angell. Voss erklärt, er sei zu wiederholten Malen aus dem Saal gerufen worden, um als Leiter des Verbandes in einzelnen Fällen die Eintretenden zu rekonoscieren. So auch in diesem Fall. Nur auf das Inkündige bitten des Zeugen, einen antwortenden Verwandten sprechen zu wollen, habe Voss dem sich als zugereistes Mitglied gerierenden Hartmann den Zutritt zum Saal erlaubt. Eine weitere Ausnahme sei nicht vorgekommen.

Der Amtsanwalt beantragte selbst die Freisprechung. Der Verteidiger schloß sich dem Antrage an, beantragte aber außerdem, dem Zeugen Hartmann die Kosten des Verfahrens und die der Verteidigung aufzuerlegen, da er in seiner Anzeige wissentlich verschwiegen habe, daß eine Kontrolle angefaßt worden sei.

Der Vorsitzende stellt fest, daß lediglich auf Grund der Angaben des Zeugen Hartmann: „außer ihm seien noch andre Personen, die nicht zum Verbands gehörten, im Saale gewesen“, das Strafmandat erlassen worden sei. Das Urteil lautete: Die beiden Angeklagten sind freizusprechen. In Anbetracht der großen Zahllosigkeit, die sich der Zeuge Hartmann hat zu Schulden kommen lassen, werden diesem sowohl die Kosten des Verfahrens als auch die der Verteidigung auferlegt.

Aus Industrie und Handel.

Eine Gründung der Gesellschaft Löwe. Die Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Marienfelde, eine Gründung, die von der Aktien-Gesellschaft Ludwig Löwe u. Co. betrieben wurde, hat im vorigen Jahre mit einer starken Unterbilanz abgeschlossen. In der Generalversammlung, die am Dienstag tagte, wurde beschlossen, die Verluste dadurch auszugleichen, daß die Hälfte der Aktien, auf die nach einem früheren Beschluß 20 Proz. Zuzahlung erfolgt ist, laißiert werde. Dahinter ließe nach den Anklindigungen des Vorstandes die weitere Finanzschwäche erforderlicher Mittel noch nicht beendet sein, denn es erwies sich für das nächste Jahr noch größere Abschreibungen als notwendig und die Aussichten in geschäftlicher Beziehung sind keine verlockenden. Das Aktienkapital ist jetzt auf 2 225 000 M. reduziert. Die finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens sind wesentlich mit hervorgerufen durch den Zusammenbruch einer Gesellschaft, die wieder ein Ableger der Motorfabrik Marienfelde war und deren Aktien in Besitz der Gründerin waren. So sind die Aussichten über die Lebensfähigkeit der Gesellschaft sehr getrübt, Siemens u. Halske, die einen Teil der Aktien in Besitz haben, leisten bisher nicht die geforderte Zuzahlung und werden sich wahrscheinlich mit der Zusammenlegung der Aktien von 10 zu 1 begnügen. Das ganze Unternehmen ist ohne Halt ein Produkt der Spekulationsperiode.

Die Electricitäts-Gesellschaft vorm. Schudert hat nach einem dem Aufsichtsrat gegebenen Bericht eine ihrer faulen Gründungen abgestoßen. Es ist das die Bosnische Electricitäts-Gesellschaft in Jaice. Die Gerichte über den Verkauf dieses Unternehmens waren schon lange im Umlauf, ohne daß sich die Gesellschaft zu einer bestimmten Erklärung beibräufte und auch jetzt hat das Heraustrreten aus dieser Reserve das Dunkel noch nicht gelichtet. Bei der letzten Bilanz waren 3 900 000 M. Aktien im Besitz der Schudert-Gesellschaft, daneben standen nicht unbeträchtliche Forderungen, deren Wert bei dem Stand der bosnischen Gesellschaft höchst zweifelhaft war.

Das Unternehmen gehört zu jenen sogenannten Tochter-Gesellschaften, an welchen die Schudert-Electricitätswerke so reich sind, die aber zur Befestigung eines soliden Ansehens nicht beigetragen haben. Das Ausbleiben der Dividende im letzten Geschäftsjahr gebot sich als eine Vorsichtsmaßregel gegen die vielfach recht vagen Werte, die von den Rebenegesellschaften sich im Besitz der Schudert-Gesellschaft befanden.

Der Verkauf des Bosnischen Electricitätswerks soll für die Schudert-Gesellschaft mit einem Verlust von 500 000 M. abgeschlossen sein. In den Angaben fehlt, ob die Schudert-Gesellschaft auch sonst von allen übernommenen Verpflichtungen abgelöst ist, ebenso vermischen wir die Angabe der Kaufsumme, wie überhaupt jede nähere Details.

Ein paar Bemerkungen über den gegenwärtigen Geschäftsgang weisen darauf hin, daß sich die größeren Bauausführungen für elektrische Straßen und Lokalbahnen in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres sehr vermehrt haben, dagegen sind die Lieferungsgegenstände in eignen Fabriken und die Installationsarbeiten nicht erheblich hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Der Gesamtumsatz belief sich im verflorenen Halbjahre auf 25 500 000 M., der Jahresumsatz 1900/1901 maßlich mit rund 72 000 000 M. und im Jahre 1899/1900 mit 77 000 000 M. ab.

Deutsche Grundschuldbank. Für die zum Bezuge von Renten der Neuen Bodengesellschaft nicht abgestempelten Obligationen, die seit einiger Zeit nicht mehr notiert worden sind, soll im Laufe der nächsten Tage wieder ein Kurs festgestellt werden, da bei den vereitelten Klaskern größere Anlauforders vorliegen.

Arbeiterentlassungen. In dem zu Hainstadt belegenen Thonwerke der Frankfurter Firma Ph. Holzmann u. Co. wurden infolge der zunehmenden Geschäftsschwäche im Bauhandwerke 25 Proz. des etwa 450 Köpfe zählenden Arbeiterbestandes entlassen.

Aus H e m m o r, einem Dorf im Regierungsbezirk S t a d e, mit großer Cementfabrik und Kalkbrennereien, wird geschrieben: Seit Montag ist auf der hiesigen Cementfabrik die Arbeitszeit auf acht Stunden gekürzt. Außerdem ist einer großen Anzahl von Arbeitern gekündigt, speziell die im Frühjahr durch Agenten nach hier gelockten Arbeiter sind davon betroffen. Des weiteren ist es als eine feste Gewißheit zu betrachten, daß den verbleibenden Arbeitern auch noch der Stundenlohn gekürzt werden wird. Danach kann man ermeinen, welche Gefühle jetzt die meisten der hiesigen Arbeiter beherzigen. Die Not und das Elend werden sich noch mehr wie bisher einstellen. Allerdings ist ja eine „große Fürsorge“ seitens einzelner Personen getroffen. Man hat eine Kirche gebaut und auch einen christlichen Arbeiterverein ins Leben gerufen, womit man das Leben des Arbeiters erleichtern will! Des weiteren haben wir einen fürsorglichen Mann im deutschen Reichstage sitzen! Herr Dr. Diebrich, der Vertreter unseres Wahlkreises, wird schon dafür sorgen, daß die Interessen des arbeitenden Volkes gewahrt werden. Ist den Arbeitern von den Fabrikanten der Brotlohn höher gekürzt durch einen 20-30prozentigen Lohnabzug, so wird Dr. Gahn auf steuerpolitischem Wege, nämlich durch Erhöhung des Lebensmittelpreises, das Gleiche thun. Die Arbeiter mögen sich alsdann unterhändig bei denen bedanken, die sie 1898 dazu verleiteten, die Wahl eines Brotverteurs zu ermöglichen.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.

Die „Königin Marienhütte“ in Gainsdorf verzeichnet in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres einen Verlust von 95 222 M.; zur Konsolidierung der Gesellschaft werden von den Aktionären Zuschüsse verlangt. Die Verluste, soll die finanzielle Schwierigkeit dadurch gesteigert sein, daß zwei Banken der Gesellschaft den Kredit entzogen haben. — Das **Fagoneisen-Walzwerk** in W. Mannsberg in Kall berichtet, daß bei dem Rückgang der Stabeisenpreise und der Zurückhaltung des Konsums nur die Hälfte des Werkes beschäftigt hat. An das Halbzugsfabrikat mußte die Gesellschaft allein 417 000 M. Neugeld zahlen. Trotzdem werden auch jetzt noch die Bezugpreise für Rohmaterialien als zu hoch bezeichnet und für die Gesellschaft nicht gewinnbringend.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Schleifer! Der Streik der Schleifer bei der Firma: „Neue Berliner Metallwerke“ (Fab. v. Simon) dauert unverändert fort. Zugut ist streng fern zu halten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Schuhmacher-Ausstand in Birnmasen. In der Schuhfabrik von Gauday u. Urban wurden sämtliche Zwiider, neun an der Zahl, weil sie sich eine Lohnreduktion von rund 20 Proz. nicht ganz gefallen lassen wollten, gekündigt. Da eine Einigung nicht zu Stande kam, sind dieselben nach Ablauf der Kündigungszeit am 26. d. Mts. in den Ausstand getreten. Die Zwiider verlangen Zurücknahme der Lohnreduzierung und Wiedereinstellung der Entlassenen. Am Dienstag hat die Firma sämtliche übrigen Arbeiter bis auf weitere Order entlassen und das Geschäft geschlossen.

Mahregelung organisierter Bergarbeiter. Die Grubenverwaltung des Salzwerkes zu Salzdetfurth in Hannover entließ 30 Arbeiter, welche seit kurzem dem deutschen Bergarbeiter-Verband angehören. Diese Mahregelung verfehle die beabsichtigte Wirkung auf die übrigen Arbeiter nicht. Aus Furcht, ihre Stellung zu verlieren, meldeten sich auch die noch in Beschäftigung verbliebenen 35 Verbandsmitglieder bei der Organisation an. Die Grubenverwaltung hat also ihre Absicht erreicht und die Arbeiterorganisation aus ihrem Betriebe verbannt, sie hat sich aber dadurch bei rechtlich denkenden Leuten gerade keinen guten Ruf erworben.

Die Rache der Fuhrherren. Die Droschkentischer in Dresden verbreiteten kürzlich unter ihren Verbandsmitgliedern ein der Agitation für ihre Gewerkschaft dienendes Flugblatt. In demselben sind unter anderem die Einkommensverhältnisse der Droschkenkutscher denen der Droschkenbesitzer gegenübergestellt. Den letzteren mag es ja recht unangenehm sein, wenn die Kutscher über den Grad ihrer Ausbeutung durch die Fuhrherren aufgeklärt werden. Sie schloßen sich durch die Angaben des Flugblattes getroffen. Anstatt aber die angeblich unzutreffenden Behauptungen desselben zu widerlegen, beschloßen sie, die sechs Unterzeichner des Flugblattes für sechs Monate auszusperren. Es ist ja für die Fuhrherren sehr bequem, wenn sie Anklagen, Richter und Strafvollstreckung in einer Person spielen, ob aber die Angaben des Flugblattes wirklich unwahr sind, das wird durch ein solches Verfahren nicht bewiesen.

Die Weber in Oera haben betriebs der Lohnbewegung der Textilarbeiter beschloßen, daß in allen Fabriken Ausschüsse zu bilden seien, welche die Löhne in den einzelnen Betrieben festzustellen haben. Diese Ausschüsse sollen die Löhne in den einzelnen Betrieben festzustellen haben. Diese Ausschüsse sollen die Löhne in den einzelnen Betrieben festzustellen haben. Diese Ausschüsse sollen die Löhne in den einzelnen Betrieben festzustellen haben.

Arbeitsniederlegungen wegen Lohnkürzung. In Breslau haben die Tischler der Firma Lehmanns Nachfolger die Arbeit niedergelegt, weil sie sich mit den ihnen zugemessenen Lohnkürzungen nicht einverstanden erklären konnten. In Anbetracht der schlechten Lage des Gewerbes erklärten sich die Arbeiter bereit, in eine fünfprozentige Lohnreduzierung einzuwilligen, das genügt jedoch dem Unternehmer nicht, infolgedessen kam es zum Ausstand.

Die Stuccateure der Firma Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. sind in den Streik eingetreten, nachdem die Firma den vor zwei Jahren getroffenen Abmachungen zuwider den letzter gezahlten Lohn für Vergewerke von 85 auf 60 Pf. reduzierte. Die angestellten Vergleichsveruche blieben bisher resultatlos. In Celle haben die Maurer auf einem Neubau des Unternehmers Dewitz aus Hannover die Arbeit eingestellt, weil sie seit zwei Wochen überhaupt keinen Lohn bekommen haben.

Sociales.

Die deutschen Mäßigkeitsvereine sind jetzt in Breslau zu einer Jahresversammlung zusammengetreten. Dabei wurde eine Erklärung angenommen, daß die Landesversicherungsanstalten allgemein die Krankheit ebenso in den Bereich ihrer Fürsorge ziehen sollen, wie die Lungenschwindsucht. Die der Krankheit Verfallenen seien ebenjotig Kranke wie die Schwindsüchtigen und als invalide zu behandeln.

Gewerkschaftliches.

Die Mecklenburgische Lebensversicherungsbank vor Gericht. Der frühere Inspektor dieser Bank, von Sojeki, hatte gegen den früheren ebenfalls für genannte Gesellschaft tätigen Agenten Suttman, einen schon mit 8 Jahren zurückhaltend und 14 Tagen Gefängnis vorbestrafter Mann, vor dem Schöffengericht zu Rypen die Privatklage wegen Verleumdung angestrengt. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Beklagte nur ein Werkzeug in den Händen des Generaldirektors dieser Bank, Schneider, gewesen ist. Durch die Maßnahmen dieser beiden Personen ist der Kläger um seine Existenz gekommen und ist dessen Ehre, wie der Vertreter des Klägers betonte, in geradezu teuflischer Weise in den Not gezeitet worden. Um mit Erfolg gegen v. S. vorzugehen zu können, wurde von dem Beklagten im Antrage Schneiders eine Rundreise unternommen, um an allen den Orten, wo der Kläger während seiner fünfjährigen Tätigkeit für die Gesellschaft aufgehalten hatte, Material gegen den Kläger zu sammeln. Es gelang denn auch, wenn auch mit wenig einwandfreien Mitteln, in Trebbin auszuforschen, daß der Kläger einmal den Besuch einer Dame erhalten hatte. Aus dieser an sich harmlosen Sache wurde unter den kundigen Händen dieser beiden Verbündeten ein Vernachlässigen der Geschäfte und toglanger Verkehr mit Frauenzimmern konstruiert. Ueber diese Dinge wurden Protokolle angefertigt und der Bank zugehelt, die sodann die Entlassung des Klägers verfügte. Durch verschiedene Prozesse wurde jedoch die Gesellschaft gezwungen, dem Kläger ein einigermassen günstiges Zeugnis auszustellen, doch ist es ihm durch diese Vorfälle unmöglich geworden, seit ca. 18 Monaten eine andre Stellung zu erhalten. Eine zu allem Ueberflus bei der Staatsanwaltschaft eingereichte Denunziation wegen Betruges hatte, weil dieselbe aus der Luft gegriffen war, ebenfalls keinen Erfolg. Die Bank in ihrer Menschenfreundlichkeit richtete nunmehr an die Frau des Klägers ein für denselben sehr ungünstiges Schreiben, die von Suttman und Schneider verfertigten Protokolle enthaltend; hierdurch kam das ganze Treiben des Beklagten und seines Hintermannes an die Öffentlichkeit.

Der Vertreter des Klägers klagte das Vorgehen des Beklagten an als ein Verbrechen ungeringster, feindseliger Gesinnung gegen den Kläger. Die infernalische Geschäftigkeit des Schneiders sowie des Beklagten geht aus der Abfassung der Protokolle hervor. Die beiden hätten schlimmer gehandelt, als wenn sie jemand mit Knütteln totgeschlagen hätten; dazu gehört Mut, hier aber habe feige Hinter-

list gewaltet. Die Behauptungen des Beklagten seien nicht nur nicht erweislich wahr, sondern positiv unwahr. Er beantragte sechs Monate Gefängnis.

Das Gericht erkannte den Beklagten der Verleumdung schuldig und verurteilte denselben zu vier Monaten Gefängnis. Und was geschieht mit dem andren?

Auf den leidigen Alkohol war wieder ein von traurigen Folgen begleiteter Exzess zurückzuführen, der gestern die achte Strafkammer hiesigen Landgerichts I beschäftigte. Vor derselben hatte sich der Fuhrherr Weidemann und der Gärtner Greiffendorf wegen schwerer Körperverletzung, Verhöhnung, Verleumdung und Hausfriedensbruchs zu verantworten. Ihnen standen Justizrat Bronler und R.-A. Dr. Werthauer als Verteidiger zur Seite. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni restaurierte sich der Rachtwächter Köhner in dem Schmittschen Schanklokal in der Soldinerstraße, wo sich auch der erste Angeklagte befand. Um eine recht gemüthliche Stimmung zu verbreiten, hatte sich der Wirt aus Klavier gesetzt, die Nacht der Ruffit machte sich auch bald dadurch geltend, daß sich Weidemann an den Tisch des Wächters setzte und einige Getränke zum besten gab. Die gemüthliche Stimmung hielt aber nicht lange vor. Auf Weidemanns Vorschlag wurde zwischen ihm, dem Wirt und dem Wächter eine Lage ausgetrübelt und als Weidemann hierbei verlor, wurde er sehr ausfallend und verließ sich zu der beleidigenden Aeußerung: „Es ist ja bekannt, daß Rachtwächter und Schugleute gern umsonst laufen!“ Als sich der Wächter dies verbat, antwortete W. mit weiteren Beleidigungen und sagte zu ihm: „Sie sind ja nichts, als ein uniformierter Peinbruder! Wenn ich es verlange, müssen Sie mir ja mein Haus aufschließen!“ Nun legte sich der Wirt ins Mittel und gebot dem Weidemann, sofort das Lokal zu verlassen. Dieser kam der Aufforderung nicht nach, drohte wiederholt, den Wirt totzuschlagen zu wollen, und mußte schließlich gewaltsam entfernt werden. Auf der Straße spannte sich der Streit zwischen dem Angeklagten und dem Wächter fort und verstärkte sich noch dadurch, daß plötzlich der zweite Angeklagte sich einmischte und den Wächter thätlich angriff. Dieser war genötigt, das Seitengewehr zu ziehen, um sich damit des Angreifers zu erwehren, er kam jedoch zu Falle und ist dann schwer verwundet worden. Nach den Wahrnehmungen von Augenzeugen hat Greiffendorf das am Boden liegende Seitengewehr ergriffen und damit dem unten liegenden Wächter zwei wichtige Stiche über den Kopf versetzt. Wundüberströmt mußte der schwer Verletzte nach der Unfallstation gebracht werden und von dort in die Prof. v. Oppenheimer'sche Klinik überführt. Nach der Behandlung des behandelnden Arztes Dr. George war die Verletzung eine äußerst schwere, sie ging über den größten Teil des Schädels, der vollständig durchschlagen war. Ein Teil der inneren Schädeldecke war angeplatzt, ein Splitter war in das Gehirn gedrungen und mußte daraus entfernt werden. Obgleich die Heilung besonders glücklich verlief, befindet sich der Verletzte noch heute in ärztlicher Behandlung; es ist eine Lähmung der linken Hand zurückgeblieben. Köhner erleidet öfter Ohnmachtsanfälle und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich später epileptische Zustände einstellen können. Mit Rücksicht auf diese traurigen Folgen verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Greiffendorf zu 1 1/2 Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Weidemann kam mit 50 M. Geldstrafe davon.

Der Ritualmord vor Gericht. Ein Schöffe jüdischen Glaubens wurde gestern von einem Privatkläger als befangen abgelehnt. Privatkläger war Dr. Giese, Angeklagter der Redacteur der „Israelit. Wochenzeitung“, M. A. Klausner. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hatte eine Enquete über den Ritualmord veranstaltet und für das Bestehen eines solchen hatte sich auch der Privatkläger ausgesprochen. Der Beklagte hatte dagegen den Standpunkt vertreten, daß diejenigen, die an solchen Mord glauben, „Verbrecher oder Narren“ seien. Da vor Beginn der Verhandlung der jüdische Schöffe als befangen abgelehnt wurde, wird das Landgericht sich erst hierüber zu äußern haben.

Was, was wollen Sie vor dieser alten Frau Prinzipien reiten! Diese Worte richtete gestern ein Amtsrichter an den Polizeileutnant Palois, gegen den eine alte Witwe, die 50jährige Aufwärtlerin Rudolph, wegen einer Lohnforderung von 9 M. klagte. Der Herr Leutnant hat der Frau dieses schwer verdiente Geld einbehalten, weil sie das Halbrun geholt hatte, nicht allein eine Porzellanplatte zu beschädigen, sondern auch eine Holzbank dadurch zu verunzieren, daß von ihr ein heiserer Lapp darauf gestellt worden war. Außerdem spielte als Streitobjekt ein jurischbehaltener Schlüssel eine Rolle. Den Bemühungen des amtierenden Richters, einen Vergleich herbeizuführen, erwies sich der Herr Leutnant ganz unzugänglich: „Die Frau habe ihn gekaniert und sich bei jeder Gelegenheit auffällig gezeigt. Dieses Verhalten habe er sich nicht länger gefallen lassen können. Die Person stand im Dienstverhältnis, hatte deshalb sich unterzuordnen und einfach zu gehorchen. Es könne ja sein, daß der Prozeß 100 M. kosten, es komme nicht darauf an. Er zahle diesmal aus Prinzip nicht, lasse sich auch auf keinen Vergleich ein!“ Mit Thränen in den Augen bestrift die arme Frau, vorfänglich etwas beschuldig zu haben; mit Angst und Bangen habe sie tagtäglich ihren Dienst bei dem Herrn Leutnant angetreten, derselbe habe ihr zugerecht bis aufs Blut. Daß die erhaltenen Schlüssel zurückgegeben seien, wolle sie beschwören. Da fortgesetzte Vergleichsveruche des Richters an der Prinzipienfestigkeit des beklagten Polizeileutnants scheiterten, wurde ein neuer Termin auf den 22. Novbr. anberaumt. Ein gerichtlicher Sachverständiger soll dann den Wert der beschädigten Platte und die Höhe der Reparaturkosten der ramponierten Holzbank feststellen. Den Betrag der solcherweise festgestellten Entschädigungsansprüche von ihrem verdienten Lohne muß sich die Frau sodann gefallen lassen — von Rechts wegen!

Verfassungen.

In den Stadtverordneten-Wahlen.

In einer Versammlung für den 10. Kommunal-Wahlbezirk, die am Dienstag bei Rautenberg, Hohenstraße 53, tagte, sprach der Kandidat des Bezirkes, Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil, über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Redner verwies darauf, daß der Konflikt zwischen der Krone und der städtischen Verwaltung den diesmahligen Wahlen eine besondere Bedeutung verleihe und unterzog im Anschluß hieran die „freie“ Bestimmung der Berliner liberalen Stadtvätermehrheit einer kritischen Beleuchtung. Man solle sich in das Reich der Byzantiner verlegen, denn die Herren erniedrigten sich in einer Weise, von der das Verhalten des chinesischen Sühneprinzen vornehmlich abstehe. Redner ging dann auf eine Anzahl kommunaler Aufgaben näher ein, behandelte unter anderem das Schulwesen, die sanitären Einrichtungen, die Wohnungsfrage und zeigte, daß die bürgerlichen Vertreter im Stadiparlament sich hauptsächlich von Geldsünderinteressen leiten ließen, während für eine wirksame soziale Fürsorge nur die Sozialdemokratie eintrete. Ihre 22 Vertreter im Rotten Hause bildeten das Gewissen der Stadtverordneten-Versammlung. Ohne sie und die durch sie nachgerufene öffentliche Meinung gäbe es nicht einmal den schriftweisen Fortschritt, der zu vergleichen sei. — Dem zweifelhafte Vortrage folgte lebhafter Beifall. Der Vorsitzende Rantmann feuerte die Versammelten an, sich mit Eifer an der Agitationsarbeit zu beteiligen und am 6. November den Sieg der Genossen Jubel zu sichern.

Für den 22. Bezirk fand am Dienstag bei Walter in der Großen Frankfurterstraße 117 eine gut besuchte Versammlung statt. Der Kandidat dieses Bezirkes, Dr. M. Friedberg, hielt einen Vortrag über den Klassenkampf der Arbeiter und die Kommunalwahlen. Er wies in seinen treffenden Ausführungen darauf hin, daß die Wahlen zur Gemeindevertretung immer mehr beeinflusst werden durch den Klassenkampf und daß nur ein fester Zusammenschluß den Arbeitern Einfluß verschaffen kann. Nachdem der Redner auf den überaus zu Tage tretenden Mangel an sozialem Empfinden und Denken im Bürgerthum, auf dessen Rückständigkeit und Rädgratlosigkeit hingewiesen, kam er zu dem

Schluß, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, hier eine gründliche Aenderung herbeizuführen und mit allem, was rüchständig ist, aufzuräumen. — In der Diskussion, die sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte, sprachen im Sinne des Referenten die Genossen Basner, Stadt. Heumann und Benn. Sie forderten zu energischem Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten auf. — Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die Wahlhandlung für die Stadtbezirke 152, 154 und 155 in der Strausbergerstr. 9, für die Stadtbezirke 153, 156, 158 und 159 in der Gr. Frankfurterstr. 23 von morgens 9 bis abends 8 Uhr stattfindet, und fordert die Genossen auf, möglichst frühzeitig zur Wahl zu erscheinen.

Die Zustände in der Orts-Krankenkasse für Wäsche-fabrikation wurden am Dienstag in einer nach der Brauerei Friedrichshain einberufenen, von etwa 600 Personen besuchten Versammlung einer lebhaften Kritik unterzogen. Nach den daselbst gemachten Ausführungen wird diese Kasse auf Grund eines reaktionären Statuts vollständig nach den Wünschen der Unternehmer verwaltet, die Interessen der Mitglieder aber nicht berücksichtigt. Wenn auch im Vorstand und in der Generalversammlung die Mitglieder zwei Drittel, die Unternehmer nur ein Drittel der Vertreter stellen, so befinden sich die Mitglieder trotzdem im Nachteil, weil infolge des sonderbaren Wahlsystems, wonach die Delegierten in den Fabriken zu wählen sind, die Unternehmer bei den Wahlen einen erheblichen Einfluß ausüben und außerdem, weil in dem Statut noch die Bestimmung vorhanden ist, daß der Vorsitzende der Kasse ein Unternehmer sein muß. U. a. wurde angeführt, daß für die Kasse, die ca. 20 000 Mitglieder zählt und 13 Wachen Krankenunterstützung zahlt, nur 18 bis 20 Aerzte neben einigen Spezialärzten angestellt sind. Früher seien die Aerzte vom Vorsitzenden fast selbständig und zum Theil nur solche angestellt worden, die von den Unternehmern empfohlen und teilweise sogar im verwandtschaftlichen Verhältnis zu demselben standen. Vom Referenten wurde die Einführung der freien Arztwahl gefordert und von Vertretern der freigewählten Klassenärzte, die zu dieser Versammlung eingeladen waren, wurden die Vortheile der freien Arztwahl erläutert. — Hieran wurde der vom Vorstand beschlossene Anschlag der in Alt-Plätzerin und Wäschereien beschäftigten Mitglieder kritisiert und mitgeteilt, daß auf Verfügung des Magistratskommissars der Beschluß nicht ausgeführt werden soll, bis eine diesbezügliche Entscheidung des Oberpräsidenten vorliegt. Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der gegen den Anschlag der Alt-Plätzerinnen und Wäscherinnen protestiert und verlangt wird, daß falls die Aufsichtsbehörde den Beschluß des Vorstandes gut heißt, ein Teil des Referendums, procentual der angeschlossenen Mitgliederzahl entsprechend, derjenigen Kasse überwiesen wird, bei der die angeschlossenen in Zukunft versicherungspflichtig sind. Außerdem wurde eine Resolution beschlossen, nach der bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen zur Generalversammlung nur solche Delegierte gewählt werden sollen, die für eine Statutenänderung im Sinne der Versicherten wirken, dem Einfluß der Unternehmer kräftigen Widerstand leisten und für die Einführung der freien Arztwahl eintreten.

In einer von den Nixdorfer Parteigenossen zum Dienstagabend in die Apollosalen, Hermannstraße 49, einberufenen öffentlichen Versammlung, die leider nur schwach besucht war, sprach Schubert-Schöneberg über die Verhandlungen des Liberer Parteitages. Ohne Diskussion erklärten sich die Anwesenden in einer entsprechenden Resolution mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Berein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Heute, 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Angelw. 15. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder. Gütliche Unterhaltung.

Verband deutscher Gardiere, Friseur u. (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 31. d. M., abends 10 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8, Bezirksversammlung für Nordwest. Vortrag über: Genossenschaftswesen im Gardiergewerbe.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr im Trebbener Garten, Trebbenerstr. 46, Versammlung und Übungsschulung. Versbandsachen sind mitzubringen.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Zweigverein Charlottenburg). Sitzung heute abend 10 Uhr, Bismarckstraße 34 bei Bernke. Gütliche Unterhaltung.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Frauenversammlung für den Kreis Teltow-Deecklo tagte am 20. Oktober in Charlottenburg. Zuerst gab die Kreis-Vertrauensperson Frau Ziel ihren Jahresbericht. Ihre Thätigkeit war eine sehr regsame. Es gelang, nachdem vorher an den Orten Versammlungen abgehalten wurden, örtliche weibliche Vertrauenspersonen neu zu wählen in Nieder-Schöneweide, Steglitz, Baumkühlentweg, während Wilmersdorf, Schöneberg, Nixdorf, Charlottenburg schon mehrere Jahre ihre Vertreterinnen haben. Als Kreis-Vertrauensperson wurde dann Genossin Ziel wiedergewählt.

Sodann erstattete die örtliche Vertrauensperson für Charlottenburg, Genossin Gradnauer, ihren Thätigkeitsbericht. Neugewählt wurde Genossin Liebke.

Genossin Dr. Borchardt hielt dann einen Vortrag: „Welches Interesse haben die Frauen an den Stadtverordneten-Wahlen“, und setzte in klaren, mit großem Beifall aufgenommenen Worten den Frauen den Wert der Wahlen auseinander und forderte auf, wenn auch die Frauen noch kein Wahlrecht besäßen, so doch in der Agitation für die Wahlen mitzuwirken und am Tage der Wahl den Genossen helfend zur Seite zu stehen. Im gleichen Sinne sprachen in der Diskussion die Genossen Hirsch, Spörer, Vogel.

Ein vom Genossen Spörer eingebrachter Antrag, an den Magistrat die Anforderung zu stellen, den städtischen Arbeitsnachweis auch auf sämtliche Angehörigen des dienenden Standes auszudehnen, wurde von der Versammlung angenommen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Eingeführt.

Essen a. M., 30. Oktober. (B. L. W.) Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wird aus Gagen gemeldet: Beim Abbruch eines Gewölbens der Eisenbahn-Überführung bei Geseff stürzte in der vergangenen Nacht beim zweiten Schuß der größte Teil des Bogens ein. Als die Arbeiter sich anschickten, an dem stehengebliebenen Teil weiter zu bohren, stürzte die Steinmasse plötzlich zusammen und begrub mehrere Arbeiter. Ein italienischer Arbeiter wurde bei den Aufräumungsarbeiten als Leiche hervorgezogen. Zwei Arbeiter starben kurz nach ihrer Ankunft im Krankenhaus, zwei andre wurden schwer verletzt. Auch der Baumunternehmer wurde schwer verletzt.

Junsbrunn, 30. Oktober. (B. L. W.) An der hiesigen Universitätsbibliothek kam es gestern und heute zu lärmenden Kundgebungen der deutsch-nationalen Studenten gegen den neu-berufenen Prof. Menestrina. Derselbe wurde bei Beginn der heutigen Vorlesung mit Vereat- und Pulverknäueln empfangen, die sich fortsetzten, bis Menestrina den Saal verließ.

Sofia, 30. Oktober. (B. L. W.) Das bulgarische Kloster Rilo wurde behördlich durchsucht, weil die Römische Mission in den Briganten, welche die amerikanische Missionarin Miss Stone entführten, sich im Einverständnis befanden. Zwei Römische wurden verhaftet.

Liverpool, 30. Oktober. (B. L. W.) Infolge des Auftretens der Pest in Liverpool befinden sich gegenwärtig 10 Personen in Isolation.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Agitiert mit ganzer Kraft für einen Sieg der **Socialdemokratie** bei den am **Mittwoch, den 6. November**, erfolgenden **Stadtverordneten-Wahlen**. Es gilt dem auf der Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlsystems fußenden Freisinn für seine schmähliche Vernachlässigung der socialen Pflichten einen Denktzettel zu geben, es gilt ihn daran zu erinnern, daß es im kommunalen Leben der Reichshauptstadt noch andres zu thun giebt, als Reverenzen nach oben zu machen und die Interessen der Geldsack-Privilegierten zu fördern. Parteigenossen! Nützet die Säumigen auf, belehrt die Unentschiedenen, damit der Wille des arbeitenden Volkes am nächsten Mittwoch so imponierend, wie es unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht möglich ist, zur Geltung komme!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt veranstalten Samstag den 1. November, Kastanien-Allee 7-9, ein **Herbst-Vergnügen** unter Mitwirkung des „Berliner Ill-Trio“ mit sehr reichhaltigem Programm. Nachher Konzert und Tanz. Anfang 8^{1/2} Uhr. Billets 25 Pf.

Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg werden gebeten, die noch im Umlauf befindlichen Petitionslisten gegen den **Drotwucher** so schnell als möglich, spätestens bis zum **Sonntag**, an Dr. Vorchardt, Charlottenburg, Goethestr. 8, einzusenden.

Ablerhof. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Ausgabe von Büchern jetzt jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 11 Uhr, im Lokal von Lehmann, „Säher Grund“, Bismarckstr. 28, stattfindet.

Weidmannslust und Umgegend. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am **Sonntag**, nachmittags 4 Uhr, bei Kubitz, Weidmannslust, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht.

Schöneberg. Für den 4. und 5. Kommunal-Wahlbezirk findet heute, Donnerstagabend, im Lokal von Obfr. Reisingerstraße 8, eine **Wählerversammlung** statt, in welcher die Kandidaten R. Müller und E. Obfr. sprechen werden. Frauen haben Zutritt.

Reinickendorf. Die Parteigenossen der Bezirke Ost werden ersucht, **Donnerstag** wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung den Diskutierabend recht zahlreich zu besuchen.

Tokales.

Stadtverordneten-Wahlen und Kontrollversammlungen.

Am 6. November, dem Tage der Stadtverordneten-Wahl, stehen für viele Reservisten Kontrollversammlungen an. Es ist die Frage aufgeworfen, ob die zu Kontrollversammlungen Einberufenen ihr Wahlrecht am 6. November ausüben dürfen?

Diese Frage ist zu bejahen. Es ruht die Wahlberechtigung nur für Personen des Soldatenstandes, so lange dieselben sich bei der Fahne befinden. Der zu einer Kontrollversammlung einberufene Reservist und Landwehrmann ist zwar für die Dauer eines ganzen Tages den Militär-Strafgesetzen unterworfen, befindet sich aber nicht bei der Fahne. Er kann also sein Wahlrecht ausüben. Dagegen ist ihm dringend zu empfehlen, sich nicht weiter als zur Abgabe seiner Stimme erforderlich ist, im Wahllokal aufzuhalten und zwar ist dieser Rat mit Rücksicht auf die allgemeine militärische Verordnungen erforderlich, die wir hiermit wieder zum Abdruck bringen. Es heißt nämlich im „Reichs-Anzeiger“ vom 9. August 1897:

„Es wird hiermit erneut zu allgemeinem Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

1. jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist;
 2. jeden Dritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder socialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausdrücke, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen;
 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder socialdemokratischer Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale.
- Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder socialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen dienstlichen Lokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.
- Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Lieberungen eingezogenen und für die zu Kontroll-Versammlungen einberufenen Personen des Verurlaubtenstandes, welche gemäß § 6 des Militär-Strafgesetzbuches und § 38 B 1 des Reichs-Militär-Gesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bezüglich der Kontroll-Versammlung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuches unterliegen.

Berlin, den 6. August 1897.

Der Kriegsminister v. Goltz.

Es kann hier auf sich beruhen, ob und inwieweit diese seiner Zeit im Reichstag besprochene kriegsministerielle Anordnung gültig ist. Zweifellos hat sie keinen Bezug auf die Ausübung des Wahlrechts. Ein Verbot, zu wählen, liegt in der vorgedruckten Anordnung nicht und kann in ihr nicht liegen, weil ein solches Verbot dem Gesetze widerspräche, mit dem Gide eines Soldaten also unvereinbar und überdies mit schwerer Strafe bedroht wäre. Also: **gebe jeder wahlberechtigter Reservist und Landwehrmann**, der das Wohl der Gesamtheit, sein eignes und seiner Familie fördern will, am 6. November seine Stimme für den **socialdemokratischen Kandidaten** ab, halte sich aber nicht länger als zur Stimmausgabe erforderlich ist, im Wahllokal auf und übernehme insbesondere keinen Kontrollposten. Desto notwendiger ist es, daß Genossen, welche Kontrollversammlungen nicht wahrzunehmen haben, sich zur Agitation am Wahltag bei dem Wahlkomitee melden.

Wo wird gewählt?

Manche Anfragen an die Redaktion zeigen, daß aber die bei den diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen in Betracht kommenden Kommunal-Wahlbezirke sowohl als auch über die Aufstellung der socialdemokratischen Kandidaten in der Wählerschaft zum Teil keine genaue Klarheit herrscht. Wir geben daher nachstehend eine kurze Skizze wieder und bemerken, daß ein ausführliches Tableau in der Sonntagsnummer erscheinen wird.

Unsere Parteigenossen haben in allen 16 Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt.

Im 1. Kommunal-Wahlbezirk (Tiergartenstraße 2c.), der jetzt von Wichow vertreten wird, kandidiert unser Parteigenosse Jubel.

Im 9. Bezirk (Urbanstraße 2c.), der bis dahin durch den Freisinnigen Liebenow vertreten ist, ist von socialdemokratischer Seite Dr. Alfred Bernstein aufgestellt worden.

Im 10. Bezirk (Plan-Ufer, Urban 2c.) ist der bisherige Vertreter Genosse **Fritz Jubel** wieder aufgestellt.

Im 11. Bezirk (Rauhnstraße, Bethanien-Ufer 2c.), der jetzt durch den Freisinnigen Goldschmidt vertreten wird, kandidiert unser Genosse **Gastwirt Theodor Rehner**.

Der 12. Bezirk (Salzigerstraße 2c.) hat seinen bisherigen socialdemokratischen Vertreter **Gottfried Schulz** wieder aufgestellt.

Der 22. Bezirk (Pallaststraße, Gr. Frankfurterstraße 2c.) ist bisher vom Freisinnigen Perls vertreten worden. Hier kandidiert unser Parteigenosse **Dr. Raphael Friedberg**.

Im 23. Bezirk (Rüdersdorferstraße 2c.), der durch unseren Genossen Dupont vertreten war, ist Genosse **Wagner** aufgestellt worden.

Im 29. Bezirk (Linienstraße 2c.), bisher durch den Freisinnigen Alt vertreten, kandidiert Genosse **Dr. Raphael Friedberg**.

Im 32. Bezirk (Mehnsbergstraße, Fehrbellinerstraße 2c.) ist an Stelle unseres Genossen Herzfeldt Genosse **Karl Liebknecht** aufgestellt worden.

Im 34. Bezirk (Danzigerstraße, Dandstraße 2c.), der durch den Freisinnigen Bergemann vertreten war, kandidiert Genosse **Rantow**.

Im 35. Bezirk (Eberswalderstraße, Schwedterstraße 2c.) kandidiert der frühere Vertreter, Genosse **Emanuel Wurm**.

Der 36. Bezirk (Orlithalerstraße, Behnstraße) war bisher durch den Freisinnigen Baumgarten vertreten. Hier ist von unseren Parteigenossen **Dr. Weyl** aufgestellt worden.

Im 41. Bezirk (nördlicher Tiergarten) ist dem jetzigen Vertreter Gerstenberg unser Genosse **Richard Vabiel** gegenübergestellt.

Der 44. Bezirk (Zurmtstraße, Birkenstraße) stellt seinen bisherigen Vertreter, den Expedienten **Theodor Glocke** wieder auf.

Im 45. Bezirk (Sendlingerstraße, Süd-Ufer), der den Bürgerpartei Ulrich ins Stote Haus geschickt hat, ist von socialdemokratischer Seite Rechtsanwalt Genosse **Karl Liebknecht** aufgestellt worden.

Südlich kandidiert im **48. Bezirk** (Kolbergerstraße, Prinzen-Allee) wieder der bisherige Vertreter Genosse **Pfannkuch**.

Es sind nur noch wenige Tage bis zur Wahl. Die Parteigenossen werden ihre ganze Kraft einsetzen, um zu den bisher innegehabten Sitzen neue hinzuguerobern.

Auf zur Agitation für die Stadtverordnetenwahlen!

Aus dem städtischen Obdach.

Die Verwaltungsdeputation des städtischen Obdachs hat einer früheren Anregung entsprechend beschlossen, die Kalfaktoren, die bis dahin aus der Reihe früher selbst Obdachloser entnommen wurden, sämtlich zu entlassen und nur noch Angestellte zur Verrichtung der von diesen Leuten gethanen Dienste zur Verwendung zu bringen. Anlaß zu diesem verhängnisvollen Beschluß haben eine Reihe Unzuträglichkeiten und Klagen gegeben.

Zu der nächsten Sitzung des Kuratoriums gelangt der Bericht der Subkommission über die bekannte **Prägelaffaire Hoffmann** zur Verurteilung. Die jetzt abgeglichene Untersuchung hat die von uns gegebene Darstellung vollinhaltlich bestätigt. Das Resultat der Untersuchung ist folgendes: Es ist von Kalfaktoren, Handbläsern und Aufsehern entgegen den wiederholten Anordnungen der Verwaltungsbehörde

1. die Anrede „Du“, „Ihr“, „Guch“ gebraucht,
2. geprügelt, und zwar auch mit einem Gummischlauch.

Als Prägelhelden sind bislang ermittelt: der Kalfaktor **Probst**, die Handbläser **Kuß** und **Joswig** und die Aufseher **Liebenow** und **Schröder**. Festgestellt ist, daß der Kalfaktor Probst mit einem Gummischlauch, den er im Hofenbunde verborgen hatte, geschlagen hat. Die rohen und beleidigenden Redewendungen des Aufsehers Liebenow, über die wir seiner Zeit berichteten, sind gleichfalls erwiesen. Diefem Thatbestand gegenüber hat die Subkommission einstimmig beschlossen, der Verwaltungsdeputation vorzuschlagen, den Kalfaktor Probst, die Handbläser **Kuß** und **Joswig** sofort zu entlassen und dem Oberbürgermeister, als der Disziplinärbehörde, die Einleitung des Disziplinär-Verfahrens gegen die Beamten **Liebenow** und **Schröder** mit dem Ziel aus Dienstentlassung sowie die strafrechtliche Verfolgung der Angelegenheit wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung teilweise unter Mißbrauch der Beamtenqualität (§ 340 Straf-Gesetzbuch) gegen die fünf bislang als schuldig Ermittelten anheimzustellen. Zur Verfolgung der inotigen Beleidigungen, deren sich insbesondere der Aufseher Liebenow schuldig gemacht hat, ist ein Strafaufrag der Beleidigten (**Hoffmann** und **Schulz**) erforderlich. Beide wollen indes von der Stellung eines Strafaufragers Abstand nehmen, weil sie mit Recht meinen, durch solche Reute können sie nicht beleidigt werden, es komme auch nicht auf eine Strafverfolgung, sondern wesentlich darauf an, daß wenigstens für die Zukunft derartigen Noheiten in einer städtischen Anstalt vorgebeugt werde. Welche organische Anordnungen zur Verhütung solcher Mißstände vorgenommen werden, entzieht sich zur Zeit noch der öffentlichen Kenntnis. Gegenüber der nunmehr erfolgten Feststellung des Thatbestandes erinnern wir an die insbesondere im „Berliner Tageblatt“ und im „Berliner Lokal-Anzeiger“ seiner Zeit vorgenommenen Verurteilungsvorwürfe; vertiefte sich doch insbesondere das „Berliner Tageblatt“ zur Verbreitung der unwahren Behauptung, der Aufseher **Liebenow** — ein Bruder des liberalen Stadtverordneten — sei an dem fraglichen Tage gar nicht im Obdach gewesen, und der Stadtverordnete **Hoffmann** habe vorsätzlich Obdachlose „aufgestachelt“. Die Untersuchung hat ergeben, daß diese in Blättern vom Schlage des „Berliner Tageblatt“ ihren Lesern aufgetischten Märchen eben Märchen sind, die wahrscheinlich zu dem Zweck in die Welt gesetzt waren, die Delinquenten, in erster Reihe Herrn Liebenow, der disciplinaren und strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen.

Zur Erweiterung des Central-Vieh- und Schlachthofes und für den Fleisch-Engros-Markt hat der Magistrat vorbehaltslos die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung den Ankauf der an der Landsberger Allee gelegenen Terrains des Fürsten zu Stolberg-Weinigerode und der Mitteldeutschen Kreditbank beschlossen. Außer diesen beiden Terrains hat der Magistrat noch dem Ankauf folgender Terrains von zusammen 28 934 Quadratmeter Größe beantragt: das unmittelbar an das Stolberg'sche Terrain angrenzende Grundstück der Frau **Ege** von 540 Quadratrußen für 216 000 M., das westlich neben diesem Grundstück liegende des Direktors **Stobland** von 400 Quadratrußen für 160 000 M., sowie das am

Verlorenen Wege liegende Grundstück des Grafen **Wourtales** von 15 600 Quadratmeter für 488 000 M., zusammen 844 000 M. Die Terrains des Fürsten **Stolberg** und der Mitteldeutschen Kreditbank kosten 4 600 000 M., so daß nur für die Terrains rund 5 1/2 Millionen Mark zu zahlen waren. Da der Fürst **Heidel** v. **Donnersmarck** für seine in Lichtenberg gelegenen Terrains rund 7 Millionen Mark (504 112 Quadratmeter a 14 M.) verlangte, so kommt die Stadt bei dem Ankauf der ergrünnten Terrains bedeutend billiger weg. Hierbei ist noch in Rücksicht zu ziehen, daß wegen der sehr ungünstigen Abzweckungsverhältnisse der Donnersmarck'schen Grundstücke für den Eisenbahnananschluß noch Grundstücke im Werte von 3 Millionen Mark hätten angekauft werden und daß langwierige Verhandlungen mit Lichtenberg wegen der Eingemeindung erforderlich gewesen wären, die bei den andern Grundstücken im Reichthum von Berlin fortfallen. Sofort nach dem perfekt gewordenen Ankauf der Grundstücke soll mit den Erweiterungsbauten begonnen werden.

Der Klagenbe Jacobi. Der Stadtverordnete **Leopold Jacobi** überreicht den Zeitungen folgende Erklärung: „Nach Zeitungs-nachrichten hat der Stadtverordnete Rechtsanwalt **Marxgraff** es für angemessen befunden, in einer öffentlichen Versammlung mit mehr oder weniger verhängnisvollen Worten Beschuldigungen gegen mich zu erheben. Auch diese Angriffe werden den Gegenstand gerichtlicher Entscheidung gegen den Herrn Stadtverordneten Rechtsanwalt **Marxgraff** bilden. Die erforderlichen Schritte sind von mir eingeleitet.“

Unternehmer und Gewerbe-Ordnung. Der Centralverband der Konditionen schreibt uns: Die Lokalverwaltung des Centralverbandes erstattete bei der zuständigen Behörde die Anzeige, daß in der Chokoladenfabrik von **Werkmeister u. Keydorf**, **Markusstraße 35**, die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen Sonnabends nach 5^{1/2} Uhr regelmäßig noch beschäftigt würden, trotzdem die Firmenleiter schon öfter auf das ungesunde ihres Verhaltens aufmerksam gemacht worden. Sie glauben das Recht zu haben, Reinigungsarbeiten, bei denen es jedoch auch nicht immer blieb, Sonnabends nach Feierabend ausführen lassen zu dürfen. Eine behördliche Revision fand am letzten Sonnabend statt und ergab, daß die Arbeiterinnen tatsächlich noch arbeiten mußten. Hossentlich wird es der Firma klar gemacht, daß sie den geringen Arbeiterinnenschutz nicht insofern machen darf. Wenn die Arbeiterinnen sich allerdings um ihre Organisation kümmern, müßten diese Zustände längst beseitigt sein.

Eine merkwürdige Klage. Durch § 57 des Invaliden-versicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 ist den unteren Verwaltungsbehörden — in Berlin dem Magistratskommissar für Invalidenversicherung — die Entgegennahme und Vorbereitung von Renten- und Erstattungsanträgen, die Begutachtung der Renten-anträge, der Entziehung und der Einstellung von Renten, sowie die Auszahlungserteilung in Sachen der Invalidenversicherung übertragen. Nach § 64 Abs. 3 sind die den Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten zustehenden Bezüge, sowie die sonstigen durch das Verfahren entstehenden baren Auslagen von der Versicherungsanstalt zu erstatten. Zu diesen baren Auslagen rechnet die Anweisung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 6. September 1899 die Auslagen für Formulare, soweit sie nicht von der Versicherungsanstalt geliefert werden. Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin lehnte jedoch die Erstattung der von der Stadtgemeinde Berlin veranlagten Beträge für Formulare ab, da diese ebensowenig baren Auslagen seien wie die für Papier, Tinte und andres Schreibmaterial veranschlagten Summen, und die Anweisung des Ministers an dem Gesetze nichts ändern könne. Der Magistrat beschritt darauf den Rechtsweg und das Landgericht I verurteilte die Landes-Versicherungsanstalt nach dem Klagenantrag; die hiergegen eingelegte Berufung wurde vom Kammergericht zurückgewiesen, welches annahm, daß nach der gesetzlichen Vorschrift die Auslagen für Formulare unter den Begriff der baren Auslagen fallen.

Die bekannte preussische Gastfreundschaft hat ihre Leistungsfähigkeit jetzt an einem Mann bewiesen, der bei dem Bombardement der **Zakusort** durch das Kanonenboot „**Alis**“ sein **Wut für das Vaterland verspritzt** hat, wie es ja wohl in patriotischer Medeweise heißt. Der deutsch-amerikanische Journalist **Herrings**, der am 9. April 1894 zu Holzminnen geboren und mit 17 Jahren nach Amerika ausgewandert ist, machte für die „**New Yorker Staatszeitung**“ 1898 den spanisch-amerikanischen Krieg und voriges Jahr ebenfalls im Antrage seines Vaters an Bord des „**Alis**“ die chinesische Expedition mit. Auf diesem Schiff wurde er durch einen feindlichen Granatplitter schwer in der Seite verwundet, längere Zeit in Singtan und Shanghai behandelt und dann auf sein Verlangen nach Berlin gebracht, wo er sich von Dr. v. **Bergmann** untersuchen ließ. Am 20. Juli dieses Jahres erhielt der Melonalescent die Aufforderung, auf seinem zuständigen Polizeirevier zu erscheinen. Hier wurde er gefragt, weshalb er seine Vorbestrafung bei seiner Anmeldung in Berlin nicht angegeben habe, worauf der Journalist erklärte, daß er hiervon überhaupt nichts wisse. Sodann wurde er eröffnet, daß er wegen Entziehung von der Dienstpflicht am 7. August 1885 mit einem Monate Gefängnis „in contumaciam“ bestraft sei. Mehrere Tage später, am 26. Juli, erhielt der Deutsch-Amerikaner den Ausweisungsbefehl, in welchem es lakonisch heißt: „**Ihrer Verstrafung halber**“. Nachdem er ein Gnadengesuch eingereicht, wurde sein Verbleib in Berlin sühnwiegend gebudet. Am 21. Oktober erhielt der genannte Herr vom Polizeipräsident den weiteren Bescheid, bis zum 1. November seine Angelegenheiten in Berlin zu ordnen und die Reichshauptstadt zu verlassen. Diese Ausweisung ist nicht von der politischen Polizei, sondern von der Kriminalpolizei, Abteilung V, erfolgt.

Herrings ist einer Korrespondenz zufolge dem Verlangen des Polizeipräsidenten nachgekommen und hat bereits am gestrigen Mittwochnachmittag um 4 Uhr Berlin verlassen. Er hat sich nach Wien begeben, um von dort einen Bericht über seine Ausweisung mit der Bitte um Aufhebung derselben an den deutschen Kaiser zu übermitteln. Die ihm angebotene Intervention der hiesigen amerikanischen Gesellschaft hat Herr Herrings dankend abgelehnt.

Dieser Nachricht gegenüber teilt das Polizeipräsidentium mit, daß bis heute weder ein Prüfverlängerungs-Gesuch um Aufhebung der Ausweisungsvorschrift von Herrn Herrings bei dem Polizeipräsidentium eingereicht worden ist.

Einen vom Standpunkt des landläufigen Patriotismus aus sehr charakteristischen Standpunkt nimmt die „**Post**“ zu dieser Angelegenheit ein. Das Blatt nennt den Umstand, daß der Ausgewiesene an Bord des deutschen Kriegsschiffes verwundet worden ist, geschmackvoll und im Geiste recht christlicher Gervendbildung ein „**persönliches Verdienst**“ und schließt außerdem Herrn Herrings den Vorwurf „**unterlandloser Willkürziehung**“ an den Kopf. Im Angesicht solcher Rohheitsausdrücke ist es begrifflich, daß immer

mehr anständige Leute vor dem Verdacht, als „Patrioten“ angesehen zu werden, geschäftlich sein wollen. Die arg ist dieser Name, der einst als Ehrenmittel galt, durch unfern Schamachern bedehnt worden!

Die Arbeitslosigkeit. Neben 80 000 Arbeitslose sind einer in der „Germania“ abgedruckten Mitteilung zufolge nach zuverlässigen Schätzungen in Berlin vorhanden. Große Erbitterung herrscht, wie das Blatt schreibt, in den Kreisen der Arbeitslosen darüber, daß die Staatsbetriebe auf die Not im Gewerbe keine Rücksicht nehmen und ihre überflüssigen Arbeiter gleichfalls zu der großen Masse der Arbeitslosen abstoßen. Vor allem wird der Eisenbahnbauverwaltung der Vorwurf gemacht, daß sie gerade jetzt mit Entlassungen vorgeht, nachdem die Maßregel der sogenannten „Feierlichkeiten“ sich als nicht wirksam genug erwiesen hat. — Die Arbeitslosigkeit ist auch in Charlottenburg im Wachfen. Beweis dafür ist der Andrang zu dem städtischen Arbeitsnachweis für ungelernte Arbeiter, der zum großen Teile darauf zurückzuführen ist, daß viele gelernte Arbeiter untergeordnete Handlangerstellen suchen, weil sie in ihrem Verufe keine Beschäftigung finden. Die Arbeitslosengefunde sind im letzten Jahre von 5833 auf 64 886 angewachsen, während die Zahl der offenen Stellen von 4539 auf 4340 gesunken, die der durch Vermittlung des Nachweises besetzten Stellen von 3153 auf 2906 zurückgegangen ist. Eine Arbeitslosen-Versammlung wird demnächst von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission einberufen werden.

Der Einbrecher Damm, der sich zunächst aufs Leugnen verlegte, dem nunmehr mehr anwachsenden Belastungsmaterial gegenüber fünfzehn Fälle einräumte, hat nun endlich ein umfassendes Geständnis abgelegt. Vom Untersuchungsgefängnis wurde er noch einmal der Kriminalpolizei zugeführt und von dieser eingehend verhört. Nach und nach gab er alle Fälle zu, die ihm zur Last gelegt wurden, und außerdem beklagte er sich selbst noch einiger Einbrüche, welche die Betroffenen der Kriminalpolizei gar nicht angezeigt hatten. Auf Einzelheiten, besonders auch auf die Zeit der einzelnen Straftaten, will er sich nicht mehr bekümmern können. „Künftig, meinte er, wenn er erst wieder frei sei, werde er über alle seine Einbrüche und ihr Ergebnis berichten“. Seine einzige Mitwisslerin war seine ebenfalls verhaftete Geliebte, die 21jährige Marie Bengsch aus der Stephanstr. 43.

Abermals ist eine jener bekannnten Schwindkassen verkracht. Es handelt sich um die Freie Hilfskasse Wohlfahrt (S. 135), die vorläufig vom Polizeipräsidenten geschlossen worden ist und deren Verwaltung der Polizeikommissar Verthe übernommen hat. Die Geschäftsstelle der Kasse ist in der Vorstr. 38. Zugleich teilt das Polizeipräsident mit, daß auf Ersuchen des Untersuchungsrichters an hiesigen königlichen Landgericht I der Vorsitzende der „Wohlfahrt“, Willi Hjam, wegen Vergehens der Untreue zum Schaden der „Wohlfahrt“ und des wiederholten Betruges zum Schaden der Kassemitglieder verhaftet worden ist.

In den letzten Tagen erstreckte sich die Feuerwehre einer sehr selten vorkommenden Art. Am letzten Sonntag wurde nicht ein Feuer gemeldet und an den folgenden Tagen nur einige unbedeutende Brände. Gestern früh um 5 Uhr stand in der Georgenkirchstraße 64 eine Blumenfabrik in Flammen. Diese hatte reiche Nahrung gefunden und es mußte die erste Compagnie längere Zeit thätig von Hydranten Wasser geben, um das Feuer zu löschen. Der Schaden soll bedeutend sein. Kurz vorher mußte der 1. Zug am Hohen Steinweg 1 ein Feuer löschen. Dort brannten die Zäunen, der Fußboden, das Gebälk u. a. Etwas später hatte der 7. Zug am Weidenweg 25 einen Wohnungsbrand zu löschen. Betten, Möbel und andres wurden hier ein Raub der Flammen. In der Admiralstr. 1 brannten hinter dem Laden auf einem Hängeboden Betten u. a. Aus der Remterstr. 80 wurde der Brand eines Unterrocks gemeldet. Kommandantstr. 16 brannte Kolophonium u. a. und Effasserstr. 95 ein Schornstein. In Roabit, Kurstr. 62, im zweiten Stock des Seitenflügels, gingen Betten, Möbel u. a. in Flammen auf.

In dem Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgange, über den wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Verunglückte der Sohn des Herrn S. Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 187, ist. Ferner werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der junge Mann nicht beim Abspringen verunglückte, sondern an der gefährlichen Kurve, die sich an der Ecke der Königstraße und Jädenstraße befindet, aus dem Anhängewagen geschleudert wurde, als dieser in verhältnismäßig schneller Fahrt die Stelle passierte. Der junge Lindenbaum blieb beunruhigtlos auf dem Straßenpflaster liegen und starb bereits nach einer halben Stunde.

Der Handelsmann Hermann Rosenberg, der, wie wir mitteilen, wegen gewerbsmäßiger umfangreicher Schelerei verhaftet wurde, bekam bei seiner Festnahme einen Krampfanfall und wurde zunächst als Polizeigefangener in ein Krankenhaus gebracht. Rosenberg, der aus Berlin gebürtig und 42 Jahre alt ist, kam, als er in der Steinstraße am 2. April d. J. ein möbliertes Zimmer bezog, aus einer Privatbeilanstalt. Er gab an, daß er ein Kommissionsgeschäft besitze. Auf seine Wirtn machte er durchaus nicht den Eindruck eines geisteskranken Mannes.

Der frühere Chefredakteur der „Post“, Dr. Leopold Kayhler, ist gestern im 73. Lebensjahre hier verstorben. Kayhler war 1870 Kriegsberichterstatter und geriet als solcher neben Fontane in französische Gefangenschaft. 1893 trat er aus der „Post“ aus und lebte ganz seiner linguistischen (sprachwissenschaftlichen) Studien.

Poliklinik. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Die Poliklinik des Herzog-Verzeins für pathologisch-diätetische Therapie, welche bis zum November

vorigen Jahres in der Sebastianstraße abgehalten wurde, befindet sich jetzt im Reformbad, Dessauerstr. 31, unter Leitung des Chefarztes Dr. Knips-Hasse. Inbetrachte erhalten dort unentgeltlich ärztliche Untersuchung und Beratung, sowie alle nötigen Bäder (Elektrische Lichtbäder, Dampfbäder), Packungen, Massage zu ermäßigten Preisen. Die Poliklinik wird abgehalten für Frauen und Kinder Mittwoch und Sonnabendnachm. 2 Uhr, für Männer Dienstag und Freitag, nachmittags 6 Uhr.

Auf der Sternwarte der „Urania“ in der Innalbenstraße wird am Sonntagabend der Astronom des Instituts, Dr. A. Graß, mit dem Vortrage „Das Weltall und sein innerer Aufbau“ einen Einblick in 4 Vorlesungen aus dem Gebiet der Astronomie eröffnen. Um den Besuchern auch Gelegenheit zu sternen Beobachtungen des Himmels zu geben, wird in diesem Jahre den Inhabern von Abonnementsbüchern für den Guss während des ganzen Monats November täglich freier Zutritt zur Sternwarte gewährt werden. — Im Theater der „Urania“ in der Taubenschneise wird in dieser Woche noch allabendlich der dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Ueber den Wolken, Ballonsfahrten und Höhenbestimmungen“ zur Wiederholung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Für die Volkshausabende in Charlottenburg, welche auf Befürwortung des Bürgermeisters Dr. Schustehrus dem Verein zur Förderung der Kunst übertragen wurden, hat dieser eine besondere Kommission eingesetzt, welche aus seinen Vorstandsmitgliedern Dr. Rudolf Preßler, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gerzheimar, Heinz Wolfradt, Dr. Gustav Rang, Direktor Martersfeld, Kapellmeister Erben (Musik) besteht; diesen untersteht die Ausfertigung des Programms. Diese Volkshausabende sollen zunächst vierwöchentlich und bei harter Beteiligung 14-tägig im Saale des Kaiser Friedrich-Gymnasiums am Sabingplatz stattfinden und möglichst sämtliche Kunstgebiete umfassen. Der Eintrittspreis wird derartig niedrig bemessen sein, daß er den Betrag dessen nicht übersteigt, den die Besucher ähnlicher Berliner Abende vordem allein für die Fahrt nach dort ausgeben mußten.

Unter dem Hausbesitzer-Regiment. Die schon mitgeteilt, ist von den einzelnen Vorortgemeinden Bericht darüber eingefordert worden, wieviel Baugrund ihnen zur Verfügung stehe. Alle haben zwar noch nicht geantwortet, doch läßt sich jetzt schon übersehen, daß die meisten Gemeinden nur verhältnismäßig wenig eigenen Grundbesitz haben. Neu-Weisenheer mußte selbst zu seinem Rathausbau vor kurzer Zeit ein Terrain kaufen und teuer bezahlen. Für andre Gemeindebauten fehlt es gleichfalls an geeigneten Grundstücken. In Reinickendorf mußte ein Müllabladepark für die Gemeinde käuflich erworben werden. Dieser Ort, wie auch Tegel, Pantow, Friedrichsfelde und besonders Lichtenberg sind gezwungen, sich um Terrain für die projektierten kommunalen Bauten, Kränken- und Armenhäuser, umzusehen. Im Westen, namentlich in Wilmerdorf, befinden sich die meisten der vorhandenen freien anbaufähigen Terrains in den Händen von Bau- und Terraingesellschaften. Die Umsaysteuern aus privaten Terrainveräußerungen unter den Einwohnern der Vorortgemeinden eine nicht unwesentliche Rolle. Die Landräte empfehlen nun den Gemeinden, diese Steuern zur Vermehrung ihres Grundbesitzes zu verwenden.

Zehlendorf. Der Jahresabschluss der hiesigen Gemeinde für 1900 ist ein sehr guter zu nennen; er weist eine Einnahme von rund 502 621 M. auf und ergibt einen Ueberschuß von rund 43 000 M. Die Steuereinnahmen ergaben ein Mehr von 85 657 M., die Umsaysteuer allein 58 408 M. Es existiert hier noch die Biersteuer; diese ergab 8992 M. Die Armenverwaltung hatte eine Ausgabe von 8925 M. Die Gemeindefchulen kosteten der Gemeinde im letzten Jahre 61 502 M., das Gymnasium dagegen allein 42 053 M.

Lichtenberg. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 ergeben, soweit Lichtenberg in Frage kommt, folgende Zahlen: Es sind am Orte vorhanden 951 bewohnte und 8 unbewohnte Wohnhäuser sowie 11 andere bewohnte Baulichkeiten. Die Zahl der Haushaltungen beträgt 10 264, davon 9789 mit mehr als 2 Personen. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Dezember 1900 rund 43 371, davon waren 21 623 männliche und 21 748 weibliche Personen. Die Religiosität der Einwohner läßt nichts zu wünschen übrig, denn neben 316 Juden, 62 Freireligiösen und 110 Dissidenten sind nicht weniger wie 8 verschiedene christliche Konfessionen vertreten. — Eine Volksbibliothek, zu deren Errichtung im Haushalts-Etat 1000 Mark ausgeworfen sind, wird mit dem 1. Januar 1902 ins Leben treten.

Vermishtes.

Mit einem gewaltigen Defizit schließt die „Panamerikanische Ausstellung“ in Buffalo am 2. November. Der Verlust wird auf 18 000 000 M. geschätzt. Die Aktionäre verlieren alles, bis zu 10 000 000 M. Die Erbauer, die 4 000 000 M. verlierten, werden die Direktoren und Aktionäre verklagen. Dann werden wenigstens einige Amerikaner etwas an der Ausstellung verdienen — die Advokaten.

Durch eine Ketherexplosion in einer Fabrik photographischer Bedarfsartikel zu Lyon wurden fünf Personen schwer, zehn leicht verletzt.

Verein für Gesundheitspflege des Volkes, Moabit. Die Besprechungen des Vereins sind: die Arbeiterkassen in der naturgemäßen Lebens- und Heilwerke zu beschreiben. Die Sitzungen verbunden mit Vorträgen, finden jeden ersten Montag im Monat abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal von Karl Ray, Rosfelderstr. 18 statt. Gäste sind willkommen.

Eingegangene Druckschriften.
„Zübdeutscher Postillon“, XX. Jahrg. Nr. 22. Preis 10 Pf. (München, Verlag von M. Gunkl.) Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: „Der deutsche Beweis seiner Schuld“ (Wolff), „Borenanwort“ (Wolff), „Ein Jahrgeworden“ (Wolff), ferner die aus dem Bergarbeiterleben geschöpfte Erzählung „Der Herr Bergerwaller“ und das Zeitgedicht „Arme“ von Gust. Moor.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Ein krankes Kind. Wir erhalten folgende Zuschrift: „In wieviel unter den Eltern des „Vorwärts“ jemand, der mir einen 5-jährigen Knaben, leicht oder verkrüppelt, damit ich ein zwölfjähriges krankes Mädchen die Woche zweimal zum Arzt fahren kann? Bieleicht ist unter meinen Eltern jemand, der der Frau, die uns dies schreibt, helfen kann und uns seine Adresse mitteilt.“

3. R. 10. Allerdings kann solche Duldung als Kuppelerei erachtet werden. — **3. 99.** 1. Ein Dienstmädchen ist nicht krankheitsversicherungspflichtig. 2. Die Herrschaft ist zur Tragung der Beeridigungskosten nicht verpflichtet. Auf die Uhr hat sie keinen Anspruch, ebenso wenig auf den Lohn. 3. Ein Recht auf Rückerstattung eines Teiles der Lebensversicherung besteht nicht.

— **Frankl, Lichtenberg.** Die Kammergerichts-Entscheidung lautet in unserem gefeierten, Ihnen unangenehmen Sinne. — **Lichtenberg 013.** Die Vorlesung in der Fabrikordnung genügt; eine Unterschrift des Arbeiters ist keineswegs zur Gültigkeit der Vorschriften einer Fabrikordnung erforderlich. Streit besteht nur darüber, ob eine Fabrikordnung auch dann gültig ist, wenn sie dem Arbeiter nicht angedeihet ist. Diese Frage wird entgegen dem § 125 des R. O. B. in der Praxis jedoch überwiegend bejaht.

— **H. G. 1-3.** Einer Erbschaft kann man entzogen. Die Entziehung muß in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form dem Nachlassgericht innerhalb 6 Wochen eingereicht sein. Bedingungen und dergleichen machen die Entziehung wirkungslos. Hat man der Erbschaft entzogen, so fällt das Erbe an die nächstberechtigten Erben. 4. Ein Vertrag über eine zukünftige Erbschaft (also über den Nachlass eines noch lebenden Dritten) ist nichtig. Gültig ist jedoch ein Vertrag, der unter künftigen gesetzlichen Erben über ihr Pflichtteil geschlossen wird. Solcher Vertrag muß aber gerichtlich oder notariell beglaubigt sein. Ist jemand bereits eine Erbschaft angefallen (handelt es sich also um den Nachlass eines bereits Verstorbenen), so kann er keine Erbschaft verkaufen. Ein solcher Erbschaftskauf bedarf jedoch zu seiner Gültigkeit gerichtlicher oder notarieller Beglaubigung. — **3. 98.** Ja.

— **Freitrichen.** Wäre Konvention unterliegen dem freien Tierfang, mit Ausschluß des Fangens mit Schlingen (§ 15 des preussischen Wildschaden-Gesetzes von 1891). Das Fangen wilder Kanarienvögel kann daher nicht als Jagdverbrechen, sondern lediglich als Uebertretung bestraft werden, wenn eine das Fangen untersagende oder einschränkende Polizeiverordnung ergangen ist. Es bestehen solche Polizeiverordnungen, die das Fangen nur mit Genehmigung des Besitzers oder des Jagdberechtigten oder beider zulassen. Ob für den dortigen Bezirk solche Verordnung ergangen ist, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls vor die Polizei zur Fortnahme von Freilichen und Nege nur soweit berechtigt, als es sich um Beschlagnahme von Beweismitteln handelt. Beantworten Sie bei dem Amtsgericht (Amtsgericht II, Alt-Moabit 11/12) Freigabe und Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände. — **G. S. 21.** Einrentenbes. 1. Ja. 2. Nein.

— **G. 23. 10.** Ob die Werkstatt als Kleinrentenbes. oder als Fabrik gilt, ist für die Frage der Zuständigkeit des Gerichts gleich. Zuständig ist das Amtsgericht II, Hallesches Ufer 29-31, da Friedrichsberg erst mit dem 1. Januar ein Gewerbegebiet erhält. Strengen Sie die Klage nach dem 1. Januar 1902 an, so ist das Gewerbegebiet zu Friedrichsberg zuständig.

— **V. 3. G. 2.** Ihre Bitte würde voraussichtlich von jeder anständigen Redaktion erfüllt werden. In der Regel steht bei derlei Sachen kein Berichterstatter anzuweisen zu sein. Sie könnten also auch abwarten, ob dies der Fall ist und nur eventuell dem Berichterstatter und die Redaktionen Ihre Erwidrerungen lassen. — **3. 100.** Wäre Allianzrentenbes. Nein.

— **Unwissend.** Durch Ihre Unterchrift haben Sie die Verpflichtungen übernommen, wegen deren Sie jetzt anfragen. Sie halten für die Dauer des Mietvertrages für pünktliche Mietzahlung. Ihr Mietherr braucht sich nicht erst an Ihren Nachfolger zu halten, vielmehr bleibt es Ihnen überlassen, in welchem Fall auf Rückzahlung gegen Ihren Nachfolger zu klagen. Ein Recht auf Rücknahme des Geschäfts hätten Sie nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß durch Vertrag Ihnen von Ihrem Nachfolger solches Recht ausdrücklich eingeräumt ist. — **1. 1.** und **2.** Die Sachen der Ehefrau bestehen nicht für Schulden des Mannes, auch nicht für Verurteilungen und dergleichen. Werden ihre Sachen dennoch gepfändet, so muß sie (kleinrentig Interventionsklage erheben und Einrichtungsantrag stellen. (Formulare hierzu S. 432 des „Arbeiterrechts“.) Vor Änderung der Klage soll sie ihre Rechte durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft machen und die Sachen zur Verfügung aufheben. 3. Veränderung tritt nicht vor 1905 ein. — **1. 2. 58.** Die Kette-Lore kommt bei den Honoraren, die die Kassen zahlen, in der Regel nicht zur Anwendung. Welche Vereinbarungen von der einzelnen Kasse getroffen ist, erfahren Sie am besten durch ein Parlamentsmitglied der Kasse. — **1. 65.** Die 5 Geschwister Ihres Schwagers erben, da Eltern, Frau oder Kinder nicht hinterlassen sind, je 1/5, bei einem Nachlass von 1000 M., also je 200 M. Sind etwa Geschwister verstorben und haben Kinder hinterlassen, so erben die Kinder an Stelle des Verstorbenen. Sind 5 Geschwister und 4 Kinder eines Verstorbenen vorhanden, so erbt jeder 1/4 (die 4 Kinder als ein Stamm gerechnet), also falls 1000 M. Nachlass vorhanden ist: jedes der lebenden Geschwister 166 2/3, und die vier Kinder zusammen 166 2/3, M. **1. 1.** Nein. — **G. G. 900.** Niddorf.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stromscheide	769.80	3	swällig	10	10	Danzwanda	760.80	2	heiter	1	1
Panitzsch	770.80	2	heiter	5	10	Beiersdorf	752.80	2	Regen	5	5
Berlin	768.80	3	hhd. bed.	8	10	Sorf	759.80	2	bedekt	12	12
Frankf. M.	766.80	2	Rebel	3	10	Kberdeen	761.80	2	bedekt	12	12
München	765.80	5	Rebel	3	10	Garis	761.80	2	bedekt	12	12
Wien	768.80	1	Rebel	9	10						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 31. Oktober 1901.
Sommerlich heiter und trocken, aber ziemlich kühl bei spärlichen nordöstlichen Winden; Nachtfrost. Berliner Wetterbureau.

Berlin IV. Osten.

Donnerstag, den 31. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreadstraße Nr. 21:

Kommunalwähler-Versammlung

für den 23. Wahlbezirk

die Stadtbezirke 168-174 umfassend.

Tages-Ordnung: 215/2* Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Genosse B. Bruns. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung recht zuge zu erscheinen.

Das Wahlkomitee.

IV. Wahlkreis (Südost).

Donnerstag, den 31. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raminstraße Nr. 27:

Oeffentliche Versammlung der Kommunalwähler

des 11. und 12. Kommunalwahl-Bezirks.

Tages-Ordnung: 215/3 1. Vortrag des Genossen Stadthagen. 2. Diskussion. Frauen haben Zutritt. Das Komitee.

Den Gewerkschaften von Potsdam zur gef. Kenntnis, daß mein Vokal zu Sitzungen u. Besprechungen, sowie zum Besuch stets offen steht. Jede hiermit alle freundlich zum Besuch ein. 20633* Karl Wöbel, Alte Postenstraße 34.

Musikwerke, selbstspielend, sowie 3. Treiben bei nur geringem Preis. J. Kurzberg, Landbergerstr. 13, part. 26508*

Produktionsgeschäft, sehr gute Lage, seit dreißig Jahre bestehend, soll, anderweitiger Unternehmung halber, billig verkauft werden, sehr gute Erträge. Näheres Kanonierstraße 13, III. B. Boldt. 16236

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 1/2 9 Uhr:

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung

im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstraße 42.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Genosse Singer. Der Einberufer: Karl Fahrow.

Außerordentliche General-Versammlung

sämtlicher Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins

findet am Dienstag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Adeler, Wienerstraße 60, statt.

Tages-Ordnung: Erwahlung der Delegierten der Arbeitnehmer zur Generalversammlung. Vorsitzendes: 14665 Georg Krebs, 1. Vorsitzender, Bergstr. 28.

Für Maurer,

welche sich im Zeichnen, Berechnen sowie allen technischen Bauarbeiten z. zum Polier ausbilden wollen, bietet sich günstige Gelegenheit, an dem Winterkursus (Abendstunden und Sonntags) teilzunehmen.

Carl Karras, Baumeister, 26662* Denselstr. 71.



Violonen, Violas, Violoncellos, Iolin-u. Cello-Bogen, Iolin-Kasten, Iolin-u. Cello-Saiten, Iolin-Kinnhalter, Iolin-Klapp-u. Stehpulte, Iolin-Requisiten, Iolin-u. Cello-Reparaturen
Größtes Musik-Instrumentenhaus Berlin L. Löwenthal, gegr. 1866. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen. Fabrikhaus: Reichenbergerstrasse 121. Filiale: Jerusalemstr. 50/51. Anerkannt billigste Preise. Alte Streich-Instrumente werden zu hohen Preisen gekauft.

Möbelstoffe!

alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf: Moequett-Plüsch 5, 35 M. per Meter (130 Centimeter breit). Muster bei jeder Angabe franco. Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Arbeits-Anzüge

für jeden Industriezweig, kauft man billig bei 23432* Adolf Wecker 3. Mühlendamm 3.

